Nr. 139. Halle (Saale), Montag, den 17. Juni 1918. 29. Jahrg.

Bezugspreis: Monatl. 1.— Mk. frei Haus, bei Postbezug ab Postamt monatlich 1.— Mk., vierteljährl. 3.—Mk. Für Zustellung durch Postboten monatlich 14 Pfg., vierteljährl. 42 Pfg. Bestellgebühr extra. Für Kriegerfamilien 80 Pfg. Bezugspreis monatlich.
Erscheinungsweise: Jeden Werktags, nachmitt.
Verlag u. Buchhandlung: Halle (Saale), Harz 42-44. Geöffnet von 7½ morgens bis 5 Uhr nachmittags. Fernsprechanschluß Nr. 1047. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 161..

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Anzeigenpreis: Die sechsgespalt. 45 mm breite Kolonelzeile kostet 20 Pfg. für außerhalb des Verbreitungsbezirks 25 Pfg. Anzeigen unter Text: für die 87 mm breite Reklamezeile 75 Pfg.
Anzeigen für die nächste Ausgabe bis morgens 9 Uhr, größ. am Tage vorher erbet.
Schriftleitung: Halle (Saale), Harz 42-44. Fernsprechanschluß Nr 1045. Sprechstunde: werktags von 12 bis 1 Uhr mittags. Geschäftliche Anfragen, Bestellungen und Mitteilungen richte man nur an den Verlag bzw. die Nr. 1047.

Deutsche Heeresberichte.

Großes Hauptquartier, 16. Juni 1918. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht. Südwestlich von Mercis und nördlich von Béthune wurden englische Teil-Angriffe, bei denen der Feind westlich von Locon in unsere vorderen Linien eindrang, im Nahkampf abgewiesen. An der übrigen Front blieb die Infanterietätigkeit auf Erkundungsgefechte beschränkt. Der Artilleriekampf lebte am Abend nördlich der Lys, nördlich der Scarpe und beiderseits der Somme auf.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz. Kleinere Infanteriegefechte auf dem Kampffelde südwestlich von Noyon.

Südlich der Aisne dauerte örtliche Gefechtstätigkeit an. Starke Angriffe der Franzosen gegen Dommiers wurden durch Gegenstoß auf der Höhe von Dommiers zum Scheitern gebracht. Ebenso brach ein gegen unsere Linien am Walde von Villers-Cotterets gerichteter Angriff verlustreich zusammen.

Leutnant Menkhoff errang seinen 34. Luftsieg.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

*

Großes Hauptquartier, 17. Juni 1918. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht: Rege Erkundungstätigkeit führte an vielen Stellen der Front zu heftigen Infanteriegefechten. Südwestlich von Ypern und beiderseits der Somme lebte die Gefechtstätigkeit am Abend auf.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz: Auf dem Kampffelde südwestlich von Noyon nahm die Artillerietätigkeit am Abend an Stärke zu. Zwischen Ourcq und Marne machten wir bei örtlichen Unternehmungen 120 Gefangene.

Die Geschützbeute aus unserm Vorstoß zwischen Montdidier und Noyon hat sich von 150 auf mehr als 300, dabei schwersten Kalibers, erhöht. Die Beute an Maschinengewehren beträgt weit über 1000.

Heeresgruppe Gallwitz: Zwischen Maas und Mosel fügten wir den Amerikanern durch Vorstoß beiderseits von Zivray Verluste zu und zerstörten Teile ihrer Stellungen.

Heeresgruppe Herzog Albrecht: Erkundungsabteilungen holten in den Vogesen und im Sundgau Gefangene aus französischen und amerikanischen Gräben.

Gestern wurden acht feindliche Flugzeuge und acht Fesselballone zum Absturz gebracht.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

*

Zwischen Montdidier und der Oise

jagten wir, so heißt es im W. T. B.-Kommentar zum Sonntagbericht, stärkere feindliche Patrouillen in ihre Ausgangsstellungen zurück. Eigene Unternehmungen brachten eine größere Anzahl Maschinengewehre als Beute ein.

Der mit rollendem Material angefüllte Bahnhof St. Just wurde mit beobachteter guter Wirkung von uns unter Feuer genommen. Desgleichen die Bahnhöfe Tarvigny und Choisy.

Nach starker, am 14. Juni nachmittags begonnener Artillerievorbereitung, die eineinhalb Stunden lang von größter Heftigkeit war, griff der Feind mit starken Infanteriekräften und zahlreichen Tanks in breiter Front in Richtung auf Dommiers an. Der Angriff, rechtzeitig von unseren Erkundungsorganen erkannt, brach unter allerschwersten Feindverlusten im zusammengefaßten Abwehrfeuer und im Gegenstoß der braven Truppe auf der Höhe westlich von Dommiers völlig zusammen. Desgleichen scheiterten feindliche Vorstöße, die südlich des St. Pierre Aiglebaches gegen unsere Linien im Walde von Villers-Cotterets gerichtet waren. Auch hier hat der Feind umsonst schwere Blutopfer gebracht.

Offensivstoß der Oesterreicher.

Wien, 16. Juni. Amtlich wird verlautbart: Gestern früh griffen an der Piave und beiderseits der Brenta unsere Armeen nach mehrstündigem Artilleriemassenfeuer die Italiener und ihre Verbündeten an. Die Heeresgruppe des Feldmarschalls von Boroevic erzwang sich an zahlreichen Stellen den Uebergang über die hochgehende Piave. Die Korps des Generaloberften Wurm nahmen nach Niederringen erbitterter Gegenwehr San Donna di Piave und beiderseits der Bahn Oderzo—Treviso in breiter Front die feindlichen Stellungen. Die Truppen des Generaloberften Erzherzog Joseph bemächtigten sich überraschend der Verteidigungsanlagen am Ostrande des Montello und drangen in dieses Höhengelände ein. General der Kavallerie Fürst Schönburg wurde bei dem Uebergang seines Korps durch eine Granate verwundet.

Die Zahl der an der Piave eingebrachten Gefangenen beträgt 10 000, an erbeuteten Geschützen sind bisher etwa 50 gemeldet.

Auch der erste Ansturm beiderseits der Brenta hatte Erfolg. Starken feindlichen Widerstand brechend und alle Hindernisse des zerklüfteten, waldreichen Gebirges überwindend, stießen unsere Truppen vielfach bis in die dritte feindliche Stellung vor, wobei 6000 Italiener, Franzosen und Engländer als Gefangene in unserer Hand blieben. Die damit gewonnenen Vorteile vermochten wir aber nur teilweise zu behaupten. Oestlich der Brenta mußte der Berg Raniero vor überlegenen, durch flankierendes Geschützfeuer unterstützten Gegenangriffen des Feindes wieder freigegeben werden, indessen der Italiener an den Nordhängen der Grappa vergebens gegen unsere dort in seine ersten Linien festgeklammerten Bataillone vorstürmte.

In den Waldzonen der Sieben Gemeinden trafen unsere Regimenter auf eine von den Alliierten schon in den Vortagen vorbereitete Angriffstruppe, vor deren Gegenstoß ein Teil des eroberten Geländes wieder geräumt wurde.

Bei Riva, im Abschnitt des Majors Erzherzog Maximilian, entrissen wir den Italienern den Dosso Alto.

Im Adamello-Gebiet erstürmten bewährte Hochgebirgsbataillone den Corno di Cavento, wobei 100 Gefangene und 8 feindliche Geschütze eingebracht wurden.

Der Chef des Generalstabes.

Erfolg einer deutschen Heeresgruppe.

Etwa zehntausend Rote Garden nahezu vernichtet.

Kiew, 14. Juni. (W. T. B.) Die Heeresgruppe Eichhorn veröffentlicht heute folgendes Telegramm an Generalfeldmarschall von Eichhorn: Euer Exzellenz melde ich einen Erfolg der mir unterstellten Truppen westlich Taganrog. Meine Bataillone, Eskadrons und Batterien haben die bolschewistische Rote Garde, die unter dem Befehl eines tschechischen Offiziers stehen, seit 10. Juni von Jeisk kommend, etwa 10 000 Mann auf der diesseitigen Küste des Asowschen Meeres gelandet und zum Angriff gegen Taganrog vorgingen, nahezu vernichtet. Ueber 3000 Tote der bolschewistischen Roten Garde sind bisher gezählt, ohne die im Wasser Umgekommenen. Unsere Verluste sind gering. General Knoerzer.

Compiegne stark bedroht. Genf, 15. Juni. Der Temps meldet: Das Schicksal von Compiegne und damit auch der Hauptstadt Paris wird vom Alliierten-Kriegsrat in Versailles seit Tagen beratschlagt. Man stehe hinsichtlich der numerischen Ueberlegenheit des Feindes vor einem schwierigen Problem.

Der Oberbefehlshaber von Paris. Paris, 14. Juni. (Amtlich.) General Guillaumat, Oberbefehlshaber der Orientarmee, ist zum Militärgouverneur und Oberbefehlshaber der Armeen von Paris ernannt worden. Sein Vorgänger Dubail ist an Stelle Florentins zum Großkanzler der Ehrenlegion ausersehen.

Die Versenkungen. Berlin, den 16. Juni. (Amtlich.) Deutsche und österreichisch-ungarische U-Boote versenkten im Mittelmeer fünf Dampfer und neun Segler, zusammen rund 22 000 Br.-R.-T. Unter den versenkten Dampfern befand sich der englische Truppentransporter Peasowe Castle (9737 Bruttoregistertonnen). Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Einberufungen in Griechenland. Athen, 15. Juni. (Havas.) Durch königliche Verfügung werden alle im Auslande sich aufhaltenden dienstpflichtigen Griechen, eingeschlossen die der neuen Provinzen, soweit sie in den Jahren 1884-87 geboren sind, unter die Fahnen gerufen.

Die russisch-ukrainischen Grenzfragen Kiew, 15. Juni. In der gestrigen Gesamtsitzung der Friedensunterhändler ist die Erörterung der Grenzfragen begonnen worden. Die Vertretung der Sowjet-Regierung verlangt allgemeine freie Volksabstimmung auf ethnographischer Grundlage, die ukrainische will die Abstimmung nur in strittigen Ausnahmefällen zulassen, soweit dadurch Interessen des gesamten Staatsorganismus nicht gefährdet werden. Eine Einigung ist nicht erzielt worden. Fortsetzung Montag.

Die Friedensbedingungen.

Die deutsche Regierung hat bisher immer noch an ihrer Taktik festgehalten, ihre politischen Endziele erst enthüllen zu lassen durch ihre Verwirklichung, und hat daher immer die Kriegführung über die Politik gestellt. Das hat bisher den Kriegskabinetten in England und Frankreich immer noch Gelegenheit gegeben, unter Berufung auf die Eroberungsabsichten der deutschen Regierung für die Verlängerung des Krieges zu arbeiten. Eine deutsche Erklärung über die Kriegsziele im Sinne eines Verständigungsfriedens wäre der schwerste Schlag, der gegen diese Kriegskabinette geführt werden könnte. Aber unsere Forderung nach einer Erklärung über die deutschen Absichten im Sinne der Völkerverständigung verliert nicht an Wert dadurch, daß manche Kreise nicht gesonnen sind, ihr nachzugeben. Ganz im Gegenteil! Je toller das Treiben der Annektionisten, um so lauter erheben wir unsre Forderung. Das Volk muß wissen, auf welchem Wege dem Frieden gedient werden kann, und auf welchem nicht.

Gerade jetzt wäre Gelegenheit, durch eine solche Erklärung Friedensbesprechungen in Fluß zu bringen. Die Stimmung in Frankreich ist keineswegs für die Kriegsziele, die Clemenceau verfolgt. Die Zahl seiner Opponenten auf der Linken des Parlaments ist im Wachsen, ihre Erbitterung gegen Clemenceau hat sich in den letzten, überaus stürmischen Sitzungen der französischen Kammer gezeigt. Die Stimmen für einen Verständigungsfrieden werden immer zahlreicher. Dieser Stimmung gegenüber sieht sich die Regierung Clemenceau zu Konzessionen gezwungen. Der Home libre, Clemenceaus Organ, hat in diesen Tagen geschrieben:

> Wir dürfen uns nicht mit gebundenen Händen und Füßen einem Deutschland übergeben, das nicht nur gegenüber den Vorschläger Wilsons, sondern auch gegenüber den bestimmten Vorschlägen der eigenen Reichstagsmitglieder taub blieb. Indessen wollen wir seinem Militarismus die Behauptung nicht mehr in die Hände spielen, daß wir uns systematisch dem Frieden widersetzen. Möge Deutschland also sprechen. Wir sind bereit, ihm Gehör zu schenken. Dagegen weigern wir uns, seine unbestimmten Vorschläge zu Besprechungen entgegenzunehmen. Wir bringen darauf, genau zu wissen, was es prüfen will, und welche Bedingungen es stellt. Wir wollen nur das, was Clemenceau als gerechten und dauerhaften Frieden umschreibt. Wir werden dann sehen, was uns die Deutschen vorschlagen; mögen also die Deutschen als die ersten feuern.

Diese Aeußerungen von Clemenceaus Organ sind eine Folge der vermehrten Opposition gegen die Kriegszielpolitik Clemenceaus. Die vor zwei Monaten in Frankreich gegründete republikanische Koalition, der Personen aller Parteigruppen der äußersten Linken angehören, hat ein Programm veröffentlicht, in dem sie auf die gegenwärtige Lage hinweist. Unsre Soldaten, so heißt es, sterben; Frankreich ist noch immer vom Feinde besetzt; Paris ist unmittelbar bedroht. In bezug auf die allgemeine Kriegspolitik empfiehlt die republikanische Koalition einen unmittelbaren Verzicht auf alle nationalen Eroberungspläne. Und eine ehrliche Aussprache des Parlaments, daß die Kriegsziele Frankreichs nur nach einem dauerhaften und gerechten Frieden verlangen. Eine allgemeine öffentliche Diskussion würde gewiß dazu beitragen, alle imperialistischen Ideen zu zerstören; auch bei den Feinden. Diese Kundgebung der französischen Linken hat in der Aufforderung Clemenceaus an die deutsche Regierung gewissermaßen eine Antwort gefunden.

Die deutsche Regierung hat bisher auf alle derartigen Aufforderungen hin geschwiegen. Wird sie nun etwas lauter reden? Im Ausland sind Meldungen verbreitet, daß die deutsche Regierung jetzt an eine Erklärung über ihre Kriegsziele denke.

Eine Kriegszielerklärung, die nicht von den Grundsätzen der demokratischen Völkerverständigung ausgeht, die entweder unbestimmt ist oder imperialistisch, wird keine fruchtbaren Erörterungen über den Frieden in Gang bringen. Ganz im Gegenteil.

*

Besprechungen zwischen den Sozialisten der Mittelmächte und Troelstra. Wien, 15. Juni. (Privattelegramm.) Die sozialdemokratische Korrespondenz meldet: Der Vorsitzende des Internationalen Sozialistischen Komitees, Troelstra, wird gelegentlich des für den 26. Juni einberufenen Kongresses der englischen Arbeiterpartei mit Sozialisten der Entente eine Konferenz halten. Um vor seiner Abreise mit den sozialistischen Parteien der Mittelmächte Fühlung zu nehmen, hat er diese zu einer Besprechung nach Haag gebeten. Die Parteivertretung der deutschen Sozialdemokratie Oesterreichs beschloß, dieser Einladung Folge zu leisten. Die mit der Vertretung betrauten Abgeordneten Seitz und Ellenbogen reisen morgen ab.

Abhängige und Schiffahrtskapital.

Als die Reeder und Spekulanten ihre Offensive zur Erlangung einer Millionen-Liebesgabe aus dem Reichssäckel eingeleitet hatten, da fanden sie bei den Regierungssozialisten freundliche Hilfe. Mit ihrem schönen Eifer für große Ziele legten sie sich ins Zeug, damit die Reeder ihre Milliarden bekommen sollten. Die unvergleichlichen Arbeiterführer, Schumann und Müller an der Spitze, hatten wieder einmal entdeckt, daß es gelte, „Arbeiterinteressen“ wahrzunehmen. Herrn Müllers Verständnis ist ja belohnt worden; er ist Vertrauensmann der Schiffsherren in der Unfallberufsgenossenschaft geworden. Nachdem unsere Vertreter im Reichstag und unsere Presse auf das ungeheuerliche Beginnen der Abhängigen hingewiesen, meldeten sich auch aus deren Reihen Warner. Besonders Herr Parvus, der sich mit den Börsenkniffen auskennt, wies nach, daß man mit der Bewilligung der Liebesgabe vornehmlich der Spekulation goldene Eier ins Nest lege. Schließlich retteten sich die Scheidemänner hinter den Vorwand eines abgelehnten Antrages, um gegen das Gesetz zu stimmen, das sie genugend populär hatten machen helfen, so daß dessen Annahme doch gesichert war.

Und nun ist die Spekulation dabei, die Ernte einzufahren. Die Kurse der Schiffsaktien werden toll in die Höhe getrieben, in Rücksicht auf die spätere hohe Rentabilität aus der Liebesgabe. Selbst für Unternehmen, die bisher noch nicht prosperieren konnten, werden jetzt phantastische Kurse notiert. Das B. T. teilt mit, daß für die Aktien eines mit großer Unterbilanz für das letzte Jahr abgeschlossenen Unternehmens 200 Prozent gefordert worden seien. „Auch sonst sind Fälle bekannt, in denen bei der Ausgabe von Aktien neu gegründeter Werften erhebliche Aufgelder schon von den Gründern gefordert wurden.“ Alles im Hinblick auf die Liebesgabe. Sie verschwindet also jetzt schon zum Teil in den Taschen der Spekulanten und Gründer.

Was sagen die bewilligungslustigen „Arbeiterführer“ angesichts dieser Entwicklung?

Wie wollen insbesondere sich die nach der J. K. zahlreichen Mitglieder der Scheidemannfraktion rechtfertigen, die am Sonnabend und Sonntag auf Einladung der Millionenliebensgaben schluckenden Reeder mit nach Hamburg fuhren, wo Stimmungsmache für die weitergehenden Pläne der Ballin und Warburg auf vollkommene Freiheit des Gewinnmachens für das Schiffahrtskapital mit Festessen, Festreden, Hafenrundfahrten und Schiffsbesichtigungen betrieben wurde? Der alte Herr Frohme war sogar berufen, Herrn Ballin den Dank auszusprechen. Wofür? Dafür, daß die großkapitalistische Reeder es verstanden hat, auch die Regierungssozialisten für seine Pläne einzufangen?!

Heilmann von der J. K. weiß schon, was die Glocke in Hamburg geschlagen hat, denn er empfängt die Hamburgreisenden seiner Partei heute mit allerlei Warnungen vor der „honigsüßen Kunst der Menschenbehandlung durch die Nachfahren der alten Pfeffersäcke“, vor dem „alten Fuchs Ballin“, vor den „Freiheitsphrasen der Profitjäger“. Der Warner Heilmann kommt zu spät. Die honigsüße Kunst des alten Fuchses Ballin ist schon geübt worden. Und wenn ein Gratis-Festessen heute nicht zieht — — —!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219180617-10/fragment/page=0001

Kleine Auslandsnachrichten.

Die österreichische Krise vor ihrem Höhepunkt. Wien, 16. Juni. (Drahtnachricht.) Das Fremdenblatt erfährt von gut unterrichteter Seite: Die Mehrzahl der Kabinettsmitglieder sei der Ansicht, daß, falls eine parlamentarische Tagung jetzt nicht möglich sei, die Regierung zurücktreten oder das Haus aufgelöst werden müsse. Wenn der Ministerpräsident diesen Standpunkt nicht teilen sollte, so sei eine Anzahl Minister fest entschlossen, aus dem Kabinett auszuscheiden. Sollte dieser Fall eintreten, so beabsichtigt der Ministerpräsident von Seidler eine Umbildung des Kabinetts durch Heranziehung früherer deutscher Abgeordneter, wodurch das Ministerium einen entschieden politischen Charakter bekommen würde. Dieses Ministerium würde auf Grund des § 14 einschneidende Verfügungen in nationaler Hinsicht treffen.

Beschlagnahme der Ernte in Ungarn. Budapest, den 16. Juni. (W. T. B.) Eine Regierungsverordnung über die neue Ernte bestimmt, daß die Ernte beim Produzenten unter Sperre gelegt wird. Die Menge des ausgedroschenen Getreides muß angemeldet werden. Das Getreide wird für den öffentlichen Bedarf in Anspruch genommen mit Ausnahme jener Mengen, die für den eigenen Haus- und Wirtschaftsgebrauch erforderlich sind. Auch die Mühlen werden unter behördliche Kontrolle gestellt. Fütterung des Viehs mit Getreide ist verboten.

Das englisch-schwedische Handelsabkommen. Stockholm, 16. Juni. (Svenska Telegr.-Bureau.) Das Handelsabkommen mit England ist in dem heutigen Ministerrat genehmigt worden.

Rede des Abg. Ryssel zum Militäretat.

Meine Herren, der Herr General von Wriesberg hat vorhin geglaubt, meine Ausführungen, die ich am 23. Februar, also vor fast vier Monaten hier gemacht habe, dadurch widerlegen zu können, daß er berichtete, einige von den von mir angegebenen Regimentsnummern stimmten nicht und in den Formationen sei nichts ermittelt worden. Es ist mir heute unmöglich, in Zeit von einigen Minuten das nachzuprüfen, da es unter den Hunderten von Fällen, die mir zugegangen sind, unter der großen Anzahl von Klagen, die ich damals vorgebracht habe, ausgeschlossen ist, daß man die einzelnen Fälle im Kopfe behalten kann. Wenn aber gleichzeitig erklärt wird, bei der einen Formation, über die ich geklagt habe, daß die alten Leute vom Osten nach dem Westen und wieder in die Feuerlinie gekommen sind, das auch vor Herrn General v. Wriesberg zugegeben wird, aber gesagt wird, daß es nur zwei Wochen gewesen seien, so bestätigt das nur die von mir vorgebrachte Tatsache. (Zuruf von der Deutschen Fraktion.) — Was will das besagen: keine Verluste! Das ist vielleicht ein Zufall gewesen. — Ich möchte aber ausdrücklich darauf hinweisen, daß unter Feuerlinie gewöhnlich nur der direkte Grabenkampf verstanden wird, während man die Armierungsbataillone und Landsturmbataillone, die diese Arbeit verrichten, als nicht in der Feuerlinie tätig bezeichnet, die oftmals an viel gefährlicheren Punkten arbeiten müssen und trotzdem nicht als in der Feuerlinie stehend gelten.

Ich werde aber, sobald ich das Manuskript bekomme, nachprüfen, ob es mir möglich sein wird, gegenüber dem Herrn General von Wriesberg die von ihm als unrichtig bezeichneten Fälle noch nachträglich richtigzustellen. Ich begreife ja, daß die von uns geübte Kritik nicht beliebt wird und die Erwiderungen, die auf meine letzte Rede von seiten einiger Herren Generale erfolgten, widerlegen mich nicht. Die Zustimmungen, die ich nachträglich aus dem Felde bekommen habe, bestätigen alles das, was ich vorgebracht habe. Die Kritik, die wir bei verschiedenen Gelegenheiten geübt haben, ist gestern auch schon hier erwähnt worden. Trotzdem mußte von andrer Seite anerkannt werden, daß bei dieser Gelegenheit bei der Behandlung jetzt sogar von seiten des Zentrums eine schärfere Tonart angeschlagen worden ist als früher. (Sehr wahr! bei den Unabh. Soz.) — Ich kann die Zustimmung „Sehr wahr" nicht vollständig zutreffend erklären, denn die Schärfe, die ich vermutet hatte, ist gestern hier nicht zum Ausdruck gekommen. Es wurde uns vom Herrn Kollegen Wirth entgegengehalten, daß die Kritik von unsrer Seite übertrieben gewesen wäre, ganz besonders in bezug auf Vorgänge in Krankenhäusern, weil Herr Kollege Wirth Krankenhäuser gefunden hat, in denen Schwestern sogar ihr letztes Stück Brot geteilt haben. Was besagt denn das? Sollen wir denn noch Selbstverständlichkeiten hier lobend hervorheben? Das kann nicht unsre Aufgabe sein und wenn es Einzelfälle sind, die wir vorbringen, um so schlimmer für dieses ganze System, daß derartige Einzelfälle noch möglich sind. Uns liegt es daran, durch unsre Kritik diese Fälle abzustellen.

Wenn der Herr Abg. Haas betonte, daß

die Behandlung der Soldaten

besser geworden sei, so muß ich das direkt bestreiten. Klagen von der Front seien seltener geworden! Aber auch der Herr Kollege Haas mußte zugeben, daß sich die Klagen aus den Garnisonen gehäuft haben, und sowohl der Redner vom Zentrum, wie auch der Herr Abg. Haas haben gestern sehr viel Klagen vorgebracht. Vielleicht daß sie sich in der Tonart, in der Art des Vorbringens von uns unterscheiden.

Aber ganz eigenartig hat mich die Kritik berührt, die der Herr Abg. Schöpflin hier gestern geübt hat, indem er lobend hervorhob, daß die schärfste Kritik vom Zentrum geübt worden sei. Die Schärfe habe ich bei Herrn Abg. Schöpflin vermißt und mich ganz besonders darüber gewundert, daß er glaubte, mit Bitten an den Herrn Kriegsminister etwas zu erreichen. Ich hätte erwartet, daß die scharfen Anklagen, die in der Kommission erhoben worden sind, gestern hier zur Sprache gebracht würden. Denn im April ist in der Kommission ganz besonders darauf hingewiesen worden, daß der Militäretat nicht früher verabschiedet werden solle, bis uns gewisses Material geliefert wird, Instruktionsbücher, die in der Ostarmee verbreitet worden sind und in denen die Maßnahmen des Reichstags in einer Art und Weise herabgewürdigt wurden, so daß in der Kommission eine einmütige Protestkundgebung dagegen erfolgte. Bis jetzt hat diese Kommissionssitzung, zu der auch der Herr Reichskanzler zugezogen werden sollte, nicht stattgefunden, und von der Kritik, die für das Plenum versprochen worden war, haben wir gestern nichts beobachtet. Mir steht das Material nicht zu, ich kenne die Einzelheiten nicht, ich kenne auch die wörtlichen Erlasse des Herrn Generals v. Eichhorn nicht, und an allen diesen Maßnahmen sollte hier in breitester Oeffentlichkeit Kritik geübt werden. Wenn von bürgerlicher Seite, von den Herren von der Rechten dieses Hauses Kritik am Militarismus und seinen Begleiterscheinungen geübt wird, so läßt das schon sehr tief blicken, da sie ja das ganze System als Stütze des kapitalistischen Klassenstaats befürworten. Aber das

Versagen der alten Sozialdemokratie in der Kritik

deutet auf eine Neuorientierung hin. Es ist ja bereits in dem wissenschaftlichen Zentralorgan der neuen Richtung, in der Glocke, darauf hingewiesen worden, daß die Sozialdemokratie sich anders orientieren müsse. Der Schriftsteller Hugo Poetsch hat darauf hingewiesen, daß der Militarismus für uns, d. h. für diese Partei, seine Schrecken verloren habe.

Der Herr Abg. Cohen hat bereits dafür Propaganda gemacht, daß auch die Sozialdemokratie in Zukunft jeder Militär- und Marinevorlage zustimmen solle, und in der letzten Zeit sogar ein leibhaftiger sozialdemokratischer Offizier Anton Fischer das höchste Lob auf dieses System ausgesprochen, indem er schrieb:

> Wer als Soldat seine Pflicht tut und den Anforderungen militärischer Tüchtigkeit und Brauchbarkeit entspricht, dem wurden und werden keine Schwierigkeiten gemacht, ob er nun dieser oder gar keiner Partei angehört. Wie es nach den Erfahrungen im Krieg ein Unsinn ist, wenn ein militärischer Vorgesetzter sich erst noch lang und breit nach den politischen Anschauungen seiner Untergebenen erkundigt und sie daraufhin auf ihre Tüchtigkeit einschätzen wollte, so ist es nach der andern Seite im allgemeinen der gleiche Unsinn, wenn ein Soldat Dritten weißzumachen versucht, er erhielte keinen Urlaub und keine Auszeichnung, weil er Sozialdemokrat sei und unsre sozialistischen Schriften lese.

Das ist die Neuorientierung, die wir nicht verstehen, die auch mit der Wahrheit in direktem Kontrast steht. Daß das nicht der Fall ist, das beweist am besten der Vorgang, der sich gestern im bayrischen Abgeordnetenhause abgespielt hat, indem der bayrische Kriegsminister Freiherr v. Hellingrath direkt erklärt hat, daß er die Unabhängige Sozialdemokratie anders als jede andre Partei beurteile, indem er es als seine Pflicht erkannt hat, als ein Gebot der Notwehr, pflichtgemäß das weitere Anwachsen der Unabhängigen Sozialdemokratie zu verhindern mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln. (Zuruf im Zentrum.) — Ja, nach Ihrer Meinung hat er recht, und Sie wehren sich dagegen, daß politisch Beeinflussung im Militär betrieben werde.

Meine Herren, aber trotzdem auch von dieser von mir gekennzeichneten Seite aus Mißstände, die dem Militarismus anhaften, vorgebracht worden sind, wurde von dem Abgeordneten Schöpflin als Ausweg bezeichnet: wenn es nicht in der Macht des Kriegsministers liege, dann solle er versuchen, mit Hilfe des Kaisers Abhilfe zu schaffen. (Lachen bei den U. S.) Meine Herren, das heißt, das System nicht antasten, sondern das System nur erträglicher machen. Das kann uns nicht genügen; denn alle Mißstände sind weniger Uebergriffe einzelner Personen als die folgerichtige Erscheinung, der Ausfluß des ganzen Systems. (Sehr wahr! bei den U. S.) Im Militarismus sind

die Klassengegensätze viel schärfer ausgeprägt

als im zivilen Klassenstaat. Das System besteht nur auf der Rechtlosigkeit der Untergebenen, und wird erhalten durch die eiserne Zwangsherrschaft der Disziplin und der militärischen Strafgewalt. Daran ändert auch nichts, daß auch Arbeiter, Nichtbesitzende, in gewissem Umfang Vorgesetztenposten einnehmen. Oftmals sind diese einzelnen, wenn sie von herrschsüchtiger Natur sind, schroffer als manche Vorgesetzten, die aus der bessersituierten Gesellschaft stammen. Das wissen wir ganz genau. Aber erst das System gibt ihnen die Möglichkeit, ihre Charaktereigenschaften wirklich zur Durchführung zu bringen, und gerade weil das System dazu geeignet ist, diese Herrschaftsgelüste einzelner Personen ins Unendliche zu steigern, deshalb erklären wir, daß die Schuld am System liegt, deshalb begnügen wir uns auch nicht mit Bitten an den Herrn Kriegsminister. Es ist uns heute gesagt worden, daß vom Kriegsminister Verfügungen ergangen sind. Das bezweifeln wir nicht, das wissen wir. Es sind Verfügungen ergangen gegen die Beschimpfungen durch Vorgesetzte. Aber, meine Herren, die Erfolge sind gleich Null, weil auch das Kriegsministerium gar nicht in der Lage ist, seinen Verfügungen irgendwelchen Nachdruck zu geben, und weil die Instanzen entweder die Verfügungen nicht lesen oder nicht danach handeln. Diese Begleiterscheinungen sind eben nur bei diesem System möglich und werden auch nicht durch einzelne wohlwollende Verfügungen geändert werden.

Nun hat der Herr Kollege Wirth drei Forderungen aufgestellt. Er erklärte, mit drei Worten könnte man die Forderungen der Soldaten kennzeichnen: Löhnung, Beköstigung, Urlaub. Dem könnten wir zustimmen. Aber diese Forderungen genügen nicht. Ihre Grundforderung lautet: gebt dem Soldaten sein Recht, den Rechtsanspruch, daß er sich beschweren kann, das Recht, sich bei Beschwerden zu verteidigen, das Recht, anzuklagen, dazu das Recht der persönlichen Sicherheit, wenn er Beschwerde geführt hat!

Das wäre die beste Abwehr aller dieser gemeinen, brutalen Schikanen, die tatsächlich von keiner Seite abgeleugnet werden können. Und weil dieses Recht dem Soldaten nicht zusteht, deswegen muß sich der Reichstag das ständige Kontrollrecht sichern. Der Reichstag sollte Gelegenheit nehmen, eine Institution zu schaffen, um die Urteile nachzuprüfen, um Zeugen zu vernehmen, um Akten einzusehen. Dazu müßte natürlich das Geheimverfahren, das geheime Kriegsgerichtsverfahren vollständig beseitigt und die Oeffentlichkeit aller Militärgerichte hergestellt werden. Das Recht des Soldaten, Einspruch gegen seine Bestrafung zu erheben, das hat er je jetzt aber erst, nachdem er die Strafe abgebüßt hat. Die einzige Möglichkeit, diesen von allen Seiten geklagten Mißständen ernsthaft zu Leibe zu gehen, liegt darin, daß man dem Feldgrauen sein Bürgerrecht gibt (Sehr richtig! bei den U. S.), auch in der Uniform. Das wäre der würdigste Dank des Vaterlandes an die Feldgrauen, der seine Folgewirkungen sicher nicht verfehlen könnte. (Sehr wahr! bei den U. S.)

Meine Herren! Das werden Sie nicht tun, das wollen Sie nicht und können Sie nicht, weil das die Beseitigung dieses ganzen Systems bedeutete, das den Soldaten zum willenlosen Werkzeug seiner Vorgesetzten herabdrückt. Dieses System des Militarismus, die Unterordnung unter das Herrschaftssystem, wollen Sie aufrechterhalten; aus dem Grunde können Sie ja derartigen einschneidenden Maßnahmen gar nicht zustimmen. Der Herr Kollege Haas hat gestern mit beredten Worten darauf hingewiesen, daß man nicht auf die politische Gesinnung der Untergebenen einwirken sollte. Ihre Bitten und Klagen verhallen vollständig, solange dieses System besteht. Es ist uns ja heute erst wieder vom Herrn Kollegen Graefe gesagt worden, daß er sich auch zu dieser Aufforderung bekennt, aber unter Politik verstehe er nicht vaterländische Politik, die Politik des Durchhaltens. Die Soldaten in diesem Sinne zu beeinflussen, das hält die Rechte dieses Hauses für dringend notwendig. Und welche politische Gesinnung der Herr Kollege Haas gemeint hat, der sich darüber beschwerte, daß man einem Soldaten Vorwürfe gemacht hat, daß er das Berliner Tageblatt für den Ausdruck seiner politischen Ueberzeugung erklärte — ja, wenn man den Grundsatz aufstellt, daß dem Soldaten keinerlei Bedingungen, keinerlei Vorhalt gemacht werden darf, keine Beeinflussung wegen seiner politischen Gesinnung, dann darf man aber nicht Halt machen bei der liberalen oder bei der fortschrittlichen politischen Ueberzeugung, sondern dann muß der Grundsatz gelten für jede politische Anschauung, die sich der einzelne erworben hat. (Sehr richtig! bei den U. S.)

Es sind doch keine Kinder mehr, die jetzt draußen stehen,

(Sehr wahr! bei den U. S.), es sind politisch mündige Personen, die oft jahrzehntelang im politischen Kampfe gestanden haben, und es muß die Soldaten ganz unliebsam berühren, wenn ihnen von Leuten, die oftmals viel jünger sind als sie selbst, eine andre politische Meinung aufoktroyiert werden soll. (Sehr richtig! Sehr wahr! bei den U. S.)

Auf Grund eines Zwischenrufs bei dieser Gelegenheit hat der Herr Abg. v. Graefe vorhin noch einmal seinen Lieblingsgedanken hier zum Ausdruck gebracht, eine Judenstatistik aufzunehmen, und es wurde ihm sofort entgegnet, die Berufsstatistik der reklamierten Nichteingezogenen wäre drastischer. Eine ziemlich sichere Statistik ist aufgenommen, vielleicht wider Willen, bei der Leipziger Stadtverordnetenwahl, die im letzten Herbst stattgefunden hat, und da hat sich gezeigt, daß in der 1. Wählerklasse, in der der Meistbesteuerten, der geringste Prozentsatz eingezogen war (Hört, hört! bei den Unabh. Soz.), während in der 3. Wählerklasse 33 Prozent der Wähler eingezogen waren. (Hört, hört! bei den Unabh. Soz.) Will man denn behaupten, daß in der 1. Klasse alles Juden gewesen sind? Ich glaube, diese Behauptung kann niemand aufstellen. (Zuruf rechts. Lachen bei den U. S.) Teilweise ja, aber nicht durchgängig — das ist aber ein ausgezeichnetes Zugeständnis, daß bei den Höchstbesteuerten hauptsächlich alte Leute vorhanden sind, aus dem Grunde befürwortet man ja das Mehrstimmenrecht, um der Arbeiterschaft dadurch Abbruch zu tun, weil die Arbeiter ein derartig hohes Alter oftmals nicht erreichen.

Meine Herren, der Behauptung, daß die Behandlung besser geworden sei, können wir auch nur ein Nein entgegenstellen. Das Gegenteil können wir an Hunderten von Beweisen belegen. Es ist aber Tatsache, daß im Heere draußen eine starke Resignation Platz gegriffen hat, die viele verstummen läßt, weil sie das Vertrauen auf die Volksvertretung nicht mehr haben, die manche Klagen unterdrücken läßt, ganz besonders, weil den Soldaten verboten worden ist, an Reichstagsabgeordnete direkt zu schreiben. (Hört, hört! bei den U. S.) Dieses Verbot ist erst in den letzten Tagen in Dresden wieder erneuert worden. (Hört, hört! bei den U. S.) Warum denn, meine Herren? Wenn man nicht Angst hätte davor, daß die Soldaten an der Stelle ihr Herz ausschütten, wo heute allein noch unter dem Belagerungszustand die Möglichkeit gegeben ist, die Sache direkt zu verwerten, wäre ein derartiges Verbot vollständig überflüssig. (Sehr richtig! bei den U. S.) Aber bezeichnend ist doch, daß nicht nur die Briefzensur aus dem Felde einwärts, sondern auch nach dem Felde hinaus geübt wird, und daß es uns fast ganz unmöglich ist, noch direkt mit den im Felde stehenden Parteigenossen zu verkehren. Die Resignation ist aber vor allem darauf zurückzuführen, daß alle die Klagen fast nichts geändert haben. Täuschen Sie sich deswegen nicht über die Stimmung, die im Heere besteht. Am 23. Februar hat Herr General v. Wriesberg nach mir erklärt, daß die Stimmung im Heere eine ausgezeichnete sei, und hat geglaubt, dadurch meine Ausführungen zu widerlegen. Meine Herren, ich glaube — und die Zuschriften, die ich erhalten habe, geben mir Recht — daß der Herr v. Wriesberg sich täuscht oder sich täuschen läßt. Das ganze System derbrutalen Gewalt ist nicht dauernd aufrecht zu erhalten, trotz aller Militärjustiz und aller Stützpunkte der heutigen Macht. Es ist das Recht, ja die Pflicht des Reichstages, hier rücksichtslose Kritik zu üben, um das ganze System an den Pranger zu stellen. Darin lassen wir uns auch durch die Entrüstung nicht beirren, die sich zeitweise Bahn bricht; denn wir sind der Meinung, daß nur durch die öffentliche Kritik Wandel geschaffen werden kann. Wir haben ja auch versucht, schriftliche Beschwerden einzureichen. Dann dauerte es wochen-, monatelang, bis eine Antwort kommt. Und wenn sie kommt, meine Herren — wir waren ja niemals hoffnungsfroh in der Erwartung der Antworten — dann ist es ganz eigenartig, daß sie fast alle miteinander über einen Kamm geschoren sind, daß die von uns vorgebrachten Fälle übertrieben waren, nicht stimmen und dergleichen mehr. Ich habe vor einigen Monaten, vor einem halben Jahre einen Fall in allen Einzelheiten schriftlich, auch noch mündlich zum Vortrag gebracht. Ich habe direkt, ehe ich zum Reden kam, am 23. Februar die Antwort bekommen, daß die Anklagen gegen den Herrn Hauptmann Brast nicht stimmen, daß sie übertrieben seien. Ich bin bereits damals darauf eingegangen, ich konnte natürlich die Sache nicht nachprüfen. Hinterher aber habe ich in Erfahrung gebracht, daß eine ganze Anzahl Zeugen nicht vernommen worden sind. (Hört, hört! bei den U. S.) Das Interessanteste aber ist, der Herr Hauptmann Brast ist plötzlich mit einer Schnelligkeit versetzt worden, daß er von seinen Leuten gar nicht hat Abschied nehmen können. (Lachen bei den U. S.) Ich erlaube mir doch die Frage: Warum ist denn der Herr Hauptmann Brast versetzt worden, wenn alle meine Anklagen unrichtig gewesen sind? Es handelt sich um die Hamsterfahrten, um das Hineinschicken von Zentnerkisten von Lebensmitteln. Meine Herren, dann hätte man doch die Versetzung nicht so schnell vornehmen müssen, daß der Herr Hauptmann von seiner Truppe hätte Abschied nehmen können. (Zurufe von den U. S.)

Meine Herren, es ist von den Herren Vorrednern darauf hingewiesen worden, daß die Beschwerden nicht nachlassen, ganz besonders

die Beschwerden über Urlaubsverweigerungen.

Sie sind so allgemein. Ununterbrochen laufen Beschwerden ein, daß aus familiären Anlässen, Todesfällen, Urlaub eingereicht wird und daß der Urlaub abgelehnt wird. Ein Fall, der ganz drastisch ist (ich woll mich heute hier gar nicht auf viele Einzelfälle einlassen), ist beim Landsturmbataillon Eisenach bei der 3. Kompagnie vorgekommen. Ein Soldat, der Urlaub hatte, ist telegraphisch zurückgerufen und mit drei Wochen Arrest bestraft worden, weil er seinen Bruder, der ebenfalls im Felde steht, den Unterschied der Ernährung von Offizieren und Soldaten geklagt hatte. Dieser Brief ist von der Zensur geöffnet worden. Aus dem Grunde wurde der Soldat vorzeitig vom Urlaub zurückgerufen und in den Arrest gesteckt (Hört, hört! bei den U. S.), außerdem ist er mit den allerfrivolsten Schimpfnamen belegt worden.

In Dresden ist alten Leuten der Urlaub verweigert worden, ehe sie wieder an die Front geschickt wurden. In einem andern Falle, beim Landsturmbataillon 19, ist einem Mann der Urlaub verweigert worden, trotzdem die beglaubigte Nachricht eingegangen war, daß der Schwiegervater gestorben sei. Bei der Munitionskolonne A 190 der 117. Infanteriedivision wird darüber geklagt, daß noch 10 Mann in den 40iger Jahren vorhanden sind, die zirka

zwei Jahre keinen Urlaub erhalten

haben. (Hört, hört! bei den U. S.)

Es ist gestern bereits darauf hingewiesen worden, daß die Schuld an diesen Maßnahmen der Kompagnieführer trägt, der sich die Urlaubsliste nicht vorlegen läßt. Wenn aber in einzelnen Fällen die Urlaubliste vernichtet wird unter der Ausrede, sie sei versehentlich verbrannt worden, damit man die Unterschleife nicht feststellen kann, damit man nicht nachkontrollieren kann, wieviel in der Zwischenzeit auf Urlaub geschickt worden sind, um immer wieder für ihre Vorgesetzten Lebensmittelpakete nach Hause zu schaffen, dann wird es auch dem Kompagnieführer nicht möglich sein, sich zu überzeugen, ob der Reihe nach alle auf Urlaub geschickt worden sind. Aber hier wäre es dringend notwendig, daß man den Soldaten das Recht der direkten Beschwerde gibt, natürlich ein Recht, das nicht mit Schikanen verbunden sein darf. Auf verschiedene Eingaben ist mir aber der Hinweis gemacht: den Soldaten steht das Recht auf Urlaub nicht zu. Wäre es nicht möglich, wie in Oesterreich so ebenfalls in Deutschland den Soldaten tatsächlich

das Recht auf Urlaub

zu gewähren? Die Versicherung, daß der Soldat möglichst in gewissen Zeitabschnitten auf Urlaub gehen dürfe, hat einen derartigen Unwillen im Heere hervorgerufen, weil die Ungerechtigkeit, die überall bei der Urlaubserteilung beobachtet werden kann, tatsächlich kraß ist. Alle Vorgesetzten, die Soldaten auf Urlaub schicken, wenn sie selbst einen Nutzen davon haben, hier namentlich aufzuführen, würde zu weit gehen. Aber wäre es nicht möglich, daß vom Kriegsministerium aus selbst einmal eine derartige Umfrage veranstaltet werden könnte über den Mißbrauch, der von einzelnen Personen mit der Urlaubserteilung geübt wird.

Die Klagen aus dem Felde nehmen aber ganz besonders auch zu über

das Unwesen in den Kantinen

und über die Unterernährung der Soldaten, die im stärksten Gegensatz zur Verpflegung der Herren Offiziere steht. Es wird nicht nur darüber geklagt, daß die Rationen gekürzt werden, daß Essen zu dünn und ungenügend ist, besonders bei Bataillonen, die schwer arbeiten müssen, sondern besonders auch darüber, daß von dem Essen nicht nur die Soldaten, sondern die Viehhaltungen profitieren. Im Felde steht jeden Soldaten eine gewisse Ration zu; aber wo die Möglichkeit der Kontrolle gegeben ist, wird überall betont, daß diese Rationen nicht ausgegeben werden, daß überall Mindergewichte vorhanden sind. Die Soldaten, die dann, um ihren Hunger zu stillen, auf die Kantine angewiesen sind, werden in einer Art und Weise überteuert, daß man es kaum für möglich halten sollte. Die jetzigen Verpflegungssätze sind für die Urlauber zu gering, aber auch in den Garnisonen wird geklagt, daß die Soldaten von dem ihnen gelieferten Essen unmöglich satt werden können. Und hier liegt der Krebsschaden in dem System. Die Verpflegungswirte, bei denen ganze Kompagnien untergebracht sind, klagen darüber, daß sie mit den ihnen zugebilligten Sätzen die Soldaten unmöglich ernähren können. Es ist eine Tatsache, daß bei der Steigerung aller Lebensmittelpreise die den Wirten als Vergütung gewährten Verpflegungssätze ungenügend sind. Um sich nun schadlos zu halten, wird von verschiedenen Verpflegungswirten eine Manipulation unternommen, unter der wiederum der Soldat direkt zu leiden hat. Es werden Schiebungen von Lebensmitteln vorgenommen, Lebensmittel, die den Soldaten zukommen sollten, ihnen aber vorenthalten werden. (Hört, hört! bei den U. S.) Hier wäre eine strenge Kontrolle der Menage-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219180617-10/fragment/page=0002

Kommission notwendig nicht nur in den Privatverpflegungsstationen, sondern besonders auch in den Kasernen.

Bereits im Frieden war jederzeit die Beobachtung gemacht worden, daß dort, wo der Offizier sich um das Essen kümmerte und öfter kontrollierte, das Essen ausreichend war. Dort, wo eine solche strenge Kontrolle nicht vorgenommen wurde, klagten auch im Frieden schon die Soldaten über ungenügendes Essen. Es wurden Beobachtungen gemacht, wie man sie auch jetzt recht häufig hört, daß von dem Essen auch noch andre Personen mit verpflegt werden. (Hört, hört! bei den Unabh. Soz.) Diese Beobachtungen werden jetzt besonders in den Etappen und auch in Kasernen, leider auch in Lazaretten gemacht. (Zuruf rechts.) — Beweise? Ich habe in der letzten Kommissionssitzung im April einen derartigen Beweis angetreten, eine Antwort habe ich zwar bis jetzt nicht gehört (Hört, hört! bei den Unabh. Soz.), aber aus der Erklärung, die vor mir ein Herr aus dem Kriegsministerium hier abgegeben hat, glaube ich die Antwort herausgehört zu haben, ohne daß der Herr den Namen genannt hat. (Hört, hört! bei den Unabh. Soz.) Ich vermute, es handelt sich da um eines der größten in Berlin befindlichen Lazarette, wo Fleisch und Eier verschwunden sind, denn es wurde von dem Herrn selber darauf hingewiesen, daß der Chefarzt bestraft worden ist. (Hört, hört! bei den Unabh. Soz. — Zuruf rechts.) — Ein Fall von Millionen sagen Sie! Die Redezeit ist uns gewissermaßen durch den Gang der Geschäftsordnung beschränkt, aber ich würde mich ganz gern der Mühe unterziehen, Ihnen alle die Einzelfälle im Plenum vorzutragen, dann beschweren Sie sich aber nicht über zu lange Reden, die Sie hier anzuhören gezwungen sind.

Abg. Nyssel: Herr Präsident, ich bin dazu genötigt.

Klagen über zu starke Viehhaltung in den Etappen und Kasernen sind von allen Seiten gekommen und auch von andern Parteien schon vorgebracht worden. Daß das übriggebliebene Mannschaftsessen, wovon eigentlich die zweite Ration gegeben werden soll, an Schweine und Hühner verfüttert wird, um sie zu mästen, ist eine Einrichtung, die nicht im Interesse der Mannschaften liegt. Im allgemeinen wird von allen Seiten über Unterernährung der Soldaten geklagt, darüber, daß die Soldaten nicht satt werden, sondern daß die Schweine mit dem Essen fettgemacht werden. Die Beschwerden, die darüber erhoben worden sind, haben bisher an dem System nicht viel geändert.

Mir sind ganz besonders scharfe Beschwerden zugegangen von dem Pionierbataillon 17, V, wo mehrere Eimer mit Büchsenfleisch ins Schweinefutter geworfen worden sind. Der Leutnant Wessel ist deswegen versetzt worden. Also eine Tatsache, die nicht bestritten werden kann. (Hört, hört! bei den Unabh. Soz.) Die Soldaten aber, die das zur Anzeige gebracht haben, sind als Stänker bezeichnet worden und es ist ihnen gedroht worden, sie zur Infanterie zu versetzen, um sie loszuwerden. Außerdem sind die Beschwerdeführer mit Titeln belegt worden, die ich im Interesse des Hauses nicht wiedergeben möchte.

Derartige Klagen sind von allen Formationen eingegangen. Ueber den Hunger klagen auch Soldaten eines Garde-Infanterieregiments. Dort sind Leute, die durch längeren Aufenthalt gezwungen waren, ihre eiserne Ration aufzuzehren, mit Strafe belegt worden. (Hört, hört! bei den Unabh. Soz.) Die Verpflegungsrationen, die die Soldaten im Felde erhalten sollen, sind genau festgelegt: Butter im Westen 55 Gramm, im Osten 65 Gramm usw. Von allen Seiten wird behauptet, daß dieses Quantum nicht gegeben würde, mit der Ausrede, daß die Kompagnie mit Bruttogewicht beliefert worden sei und aus diesem Grunde Differenzen entständen.

Meine Herren, wenn dann die Soldaten an die Kantinen verwiesen werden und dort für die notwendigen Lebensmittel Preise bezahlen müssen, die in keinem Verhältnis zu ihren Einnahmen stehen, so ist es erklärlich, wenn sich eine tiefe Mißstimmung bemerkbar macht. Aber ganz besondere Mißstimmung zeigt sich über die Tatsache, daß in den einzelnen Kantinen Lebensmittel verkauft werden, wie Brotmehl, trotzdem die Rationen gekürzt worden sind, und Mißstimmung ganz besonders darüber, daß die Verkaufspreise zu den Einkaufspreisen in gar keinem Verhältnis stehen. Aus einer Statistik, die aus dem vorigen Jahre stammt, und zwar aus der Kantine vom Sägewerk 455 im Osten, geht hervor, daß der Tabak mit 40 Pfg. eingekauft und mit 80 Pfg. verkauft wird, an Zivilpersonen sogar mit einer Mark. Zigaretten werden mit 3.50 Mk. eingekauft und mit 5 Mk. verkauft. Eine derartig ungeheure Steigerung der Preise muß natürlich einen Kantinenüberschuß erzielen, über dessen Verwendung die Soldaten noch heute im unklaren sind. Wenn aber in den Kantinen Mehl verkauft wird, trotzdem die Brotrationen verkürzt worden sind, so ist das ein Vorgang, der unerklärlich ist. In Belgien haben die Soldaten Gelegenheit gehabt, Brot billig zu kaufen. Das ist ihnen verboten worden, und später wird das Brot in den Kantinen aber zu höheren Preisen verkauft, eine Maßregel, die lediglich dazu dient, die Ernährungsmöglichkeit der Soldaten zu beschränken.

Daß die Soldaten sogar die Schuhnägel und das Licht kaufen müssen, ist eine Maßnahme, die noch mehr in die Augen fällt als die gestern vorgebrachte Tatsache, daß die Soldaten wohl die Uniform geliefert bekommen, aber nicht die Hosenträger. Wenn die Soldaten die Schuhnägel für die abgelaufenen Sohlen zahlen sollen, so ist das eine Maßnahme, die mit nichts zu rechtfertigen ist.

Ich habe bereits früher den Antrag gestellt, für die Kantinen Höchstpreise einzuführen, der Antrag ist aber abgelehnt worden. Aber auf die Frage: wer den Ueberschuß aus den Kantinen erhält, und was mit dem Ueberschuß gemacht wird, darauf können wir wohl vom Kriegsminister eine unzweideutige Antwort erhalten, die auch den Mannschaften zugängig gemacht wird, damit die immer sich wiederholenden Fragen endlich erledigt werden. Es ist festgestellt, daß ein Teil dieser Kantinenüberschüsse in Sparkassen angelegt wird, daß für einen Teil Kriegsanleihe gezeichnet worden ist. Es ist aber auch ein großer Teil dieser Ueberschüsse, der nicht im Interesse der Soldaten Verwendung gefunden hat. Bei der 1. Landwehrkompagnie des 4. Armeekorps, Pionierbataillon 333, ist festgestellt worden, daß ein Kapital von 1500 Mk. aus der geschlossenen Kompagniekantine in die Bataillonskantine übergeführt worden ist. Soldaten, die dazu beigetragen haben, aus ihren Pfennigen diese Ueberschüsse aufzuspeichern, haben nichts erhalten. Derartige Maßnahmen können aus einer ganzen Anzahl andrer Kantinen noch vorgeführt werden. Wenn aber festgestellt wird, daß bei der knappen Brotration das Mehl in der Kantine zu 70 Pfg. das Pfund verkauft wird, und zwar zu Quanten bis zu 30 Pfund, dann fragen die Soldaten mit Recht, warum ihnen das Brot verkürzt worden sei, wenn auf der andern Seite das Mehl in derartigen Quanten in den Kantinen zu haben ist, Quanten, die dann nach der Heimat verschickt werden.

Auch aus Königsbrück sind derartige Klagen gekommen. Die Militärkantine in Königsbrück hat ein Restaurant, in dem Privatpersonen zu ziemlich annehmbaren Preisen alle möglichen Speisen erhalten können, währenddem das Essen der Soldaten so knapp ist, daß die Soldaten ununterbrochen über Unterernährung klagen. (Hört, hört! bei den Unabh. Soz.) Die Vermutung besteht, daß die Kantine die Materialien erspart aus den Rationen der auf Sonntagsurlaub und Nachurlaub befindlichen Soldaten. Auch hier wäre eine Untersuchung dringend nötig. In einem mir zugestellten Feldbrief wird das Verfahren des Vorgesetzten, sich auf unrechtmäßige Weise mit den Lebensmitteln der Soldaten zu bereichern, in einer ganz drastischen Form geschildert. Ein Skandal sondergleichen bleibt die trotz Küchenkontrolle durch Mannschaften nicht auszurottbare Angewohnheit vieler Offiziere, ihren hauswirtschaftlichen Bedarf durch Bestände aus der Mannschaftsküche zu decken." Das sind die Vorgänge, die bereits in früheren Verhandlungen hier von vier verschiedenen Seiten zur Sprache gekommen sind.

Ich habe bereits auf den von mir gekennzeichneten Fall des Hauptmanns Braft hingewiesen, der ja auch bei der Untersuchung als nicht richtig hingestellt worden ist. Kurze Zeit nach meiner Ausführung hier bekam ich aus Schlesien die Nachricht, daß dieser Fall Braft nicht allein stehe, und es wurde mir ein Zeitungsausschnitt mitgeschickt über einen Herrn von Köckeritz, der mehrere Zentnerkisten aus der Etappe nach Hause geschickt hat. Ich habe mich überzeugt, daß diese Vorgänge vollständig in der Breslauer Volkswacht vom 8. Februar wiedergegeben sind. Die Tatsache, daß Lebensmittel in diesen Kisten heimgeschickt wurden, ist erst dadurch bekannt geworden, daß eine dieser Kisten im Gewicht von 2 Zentnern und 78 Pfund verlorengegangen ist, und nachdem die Eisenbahnverwaltung Nachforschungen anstellte, wurde der Inhalt deklariert als Speck, Schinken und Lupinensamen. Interessant ist aber die Tatsache erst, wenn man berücksichtigt, daß auf dem Gute des Herrn v. Köckeritz jährlich 6 bis 7 Schweine geschlachtet werden (Hört, hört! bei den U. S.), daß dort also ein Fleischmangel nicht vorhanden ist.

Ich gehe von diesem Thema, das nicht gerade zu den angenehmsten gehört, ab, um noch einmal auf dieselben

Begleiterscheinungen in den Lazaretten

einzugehen. Ich habe in der Kommission im April dieses Jahres auf einen Vorgang im Lazarett Hirson hingewiesen, bei dem eine Krankenschwester beschuldigt wird, sich ebenfalls an den Lebensmitteln der Kranken bereichert zu haben, und heute vormittag erhielt ich die Antwort darauf, daß meine Angaben unrichtig seien. Es ist mir auch hier in der kurzen Zeit nicht möglich, mich mit meinen Gewährsmännern zu verständigen; aber eigenartig ist es, was von den gefragten Personen erklärt wird. Es heißt hier: „Von den namhaft gemachten Zeugen konnten zwei ihre Beschuldigungen durch nichts beweisen", — sie müssen also doch diese Beschuldigungen wieder aufrechterhalten haben — „und der dritte hielt seine Behauptung nicht aufrecht." Ich habe damals angeführt, daß der Stationsaufseher, der die Anklage vorschriftsmäßig weitergegeben hat, gleichfalls versetzt worden ist. Ich werde aber auch hier Gelegenheit nehmen und mit meinem Gewährsmann Verbindungen anzuknüpfen versuchen, was mir natürlich nicht so leicht ist wie der Militärverwaltung.

Meine Herren! Alle diese Vorgänge, die ja schon von andrer Seite aus skizziert worden sind, zu beseitigen, dagegen gibt es nur das eine Hilfsmittel: den Soldaten das Beschwerderecht zu sichern und den Instanzenweg aufzuheben; denn die Soldaten klagen darüber, daß die von ihnen eingereichten Beschwerden gerade über diese Vorgänge einfach nicht weitergegeben werden, sondern hängen bleiben, weil sie jetzt erst durch die Hände derjenigen gehen müssen, die oftmals mit an den Vorgängen beteiligt waren. So schreibt hier ein Soldat:

> Ich habe mich im Dezember 1916 über den Regimentskommandeur beschwert und bin bestraft worden. Ich habe auf meiner Beschwerde beharrt, habe Entscheidung beantragt. Die Folge waren weitere sieben Tage Arrest. (Hört, hört! bei den U. S.) Die Beschwerde ist als Kritik aufgefaßt worden. Jetzt habe ich Allerhöchste Entscheidung beantragt. Meine Beschwerde wird unterdrückt. So geht es jedem beim Militär.

Derartige Klagen hören wir in einer derartigen Anzahl, daß Abhilfe dringend geboten ist, eine Abhilfe, die aber nur dadurch restlos geschehen kann, daß das ganze System des Beschwerderechts von Instanz zu Instanz aufgehoben, daß aber auch dem Soldaten die Möglichkeit zu Beschwerden gegeben wird, indem er nicht erst 24 Stunden nach seiner Bestrafung die Beschwerde eingeben kann — Beschwerden, die ganz besonders aus der Tatsache resultieren, daß oftmals sehr junge Vorgesetzte über alte Leute zu befehlen haben und den Ton nicht finden, den die alten Leute mit Recht beanspruchen. (Sehr wahr! bei den U. S.) Meine Herren, wenn dann Strafen verhängt werden und die Soldaten noch von ihrer Löhnung die sogenannten guten Tage im Arrest bezahlen müssen, so ist das ein Vorgang, der mir fast unmöglich erscheint. Der vierte, achte, elfte und vierzehnte Tag im Arrest gelten als gute Tage, an denen volle Verpflegung gewährt wird, und dafür haben die Soldaten 1.05 Mk. pro Tag von ihrer Löhnung zurückzuerstatten. (Hört, hört! bei den U. S.) Auch hierüber wäre mir eine Auskunft des Herrn Kriegsministers sehr erwünscht.

Ueber die Behandlung, die die Soldaten jetzt noch erfahren, wird geklagt, ganz besonders von einer Musterkompagnie, der 3. Kompagnie im Landwehr-Infanterieregiment 23. Ungeheuer lange Dienstzeit, — ein junger Leutnant von 25 Jahren, der die Soldaten, die alten Leute, mit den gemeinsten Schimpfnamen belegt, der sich aber auch über die Machtbefugnisse des Arztes hinwegsetzt. Nicht der Arzt hat zu entscheiden, ob die Leute krank sind, sondern der Herr Leutnant entscheidet selbständig. Am 11. November 1917 ist dort vom Vizefeldwebel Micska der Befehl erteilt worden, daß

jeder unter allen Umständen Kriegsanleihe zu zeichnen hat.

(Hört, hört! bei den U. S.) Wer noch nicht gezeichnet hat, soll das sofort nachholen. Er habe Mittel und Wege, die heranzuholen, die diesem Befehl nicht nachkommen würden. (Hört, hört! bei den U. S.) Bei andrer Gelegenheit ist bezweifelt worden, daß unsre Angabe richtig ist, daß ein Druck auf die Soldaten ausgeübt wird, Kriegsanleihe zu zeichnen. Wenn den Soldaten der Befehl gegeben wird, ist die Möglichkeit, daß sie wegen Nichtbefolgung eines Befehls sogar strenge bestraft werden können. (Sehr wahr! bei den U. S.)

Ueber die Behandlung im Artillerierekrutendepot Nr. 7 wird mitgeteilt, daß die Soldaten auf dem Exerzierplatz herumgejagt werden und direkt erklärt wird, daß für 5 Pfg. sofort neue Leute zu haben seien, daß den Leuten gesagt worden ist,

ich schlage dich in die Schnauze, daß dir die rote Brühe herunterläuft und du am Leben verzweifelst.

Mir sind Namen genannt und ich möchte dringend um Untersuchung bitten. Genannt werden der Offizierstellvertreter Oberle, der Wachtmeister Schleuninger und der Vizewachtmeister Löffler. Eine derartige Behandlung ist nicht die, die man hier immer erwartet als Dank des Vaterlandes an die Feldgrauen. Das ist direkt das Gegenteil davon, die brutale Behandlung durch Vorgesetzte, die in ihrer Charakterveranlagung zu allen andern sich eignen würden, aber nicht zu Vorgesetzten von Soldaten. Die abzustellen müßte Aufgabe des Kriegsministeriums sein. Dazu würde ebenfalls das nötige Material nur geliefert werden können, wenn den Soldaten das Beschwerderecht vollständig garantiert würde.

Ich habe eine Beschwerde eines Soldaten, die von einem Landsturminfanteriebataillon IX, 24 kommt, und ich möchte doch, daß man diese der Untersuchung wert erachtet. Das Landsturminfanteriebataillon IX, 24 steht bereits seit 1½ Jahren an der Front und wird zu Schanzarbeiten verwendet. Die Divisionen dort wechseln aber. Das Landsturmbataillon bleibt ständig dort, so daß oftmals keine Arbeit vorhanden ist, wenn der Wechsel der Kampfdivisionen dort vorgenommen ist und erst neue Unterhandlungen notwendig sind, um dieses Infanteriebataillon wieder zu Schanzarbeiten zu verwenden. Dabei müssen die Leute täglich zwei Stunden hin und zwei Stunden zurück im französischen Artilleriefeuer vorgehen und bei diesem gefährlichen Vormarsch sind Offiziere und Charge nicht beteiligt,

lediglich die Soldaten sind dort dem Feuer ausgesetzt.

Das ist ein derartiger Vorgang, wo man gleichfalls behaupten kann, daß das Landsturminfanteriebataillon nicht in der Feuerlinie liegt, trotzdem es ungeschützter als im Grabenkampfe dem Feuer ausgesetzt ist durch seinen täglich vierstündigen Marsch von und zur Arbeitsstelle. Aber ganz besonders sind die Soldaten beunruhigt und erbittert darüber, daß, wenn sie aus der Kampfstellung zurückkommen, die Exerzitien weitergeführt werden als wie auf dem Kasernenhof, Exerzitien, die den alten Leuten zugemutet werden mit jungen Leuten zusammen, ohne daß die alten Leute in der Lage sind, die Uebungen so durchzuführen zu können wie jüngere Kräfte. Dabei wird ihnen immer der noch junge Mann als Vorbild hingestellt. Es ist heute bereits darauf hingewiesen worden, daß derartige Exerzitien notwendig seien, daß darauf nicht verzichtet werden könne, wenn sie auch als Drill empfunden werden. Wenn aber nach langer Kampfpause die Truppen aus der Kampfzone zurückgezogen werden, wäre ihnen eine tatsächliche Ruhepause wahrlich zu gönnen. (Sehr wahr! bei den U. S.) Daß diese Leute mit Grußübungen beschäftigt werden wie in Friedenszeiten, ist ein Vorgang, der von keinem der Beteiligten verstanden wird. Auf das Grüßen wird ja überhaupt ein ungeheurer Fleiß verwendet. Es liegen mir verschiedene Verfügungen des großherzoglich mecklenburgischen Kontingentskommandos vor, wo Vorschriften darüber gemacht werden, wie die Straßendisziplin in Schwerin gestaltet werden soll, daß sie sich in letzter Zeit auffallend verschlechtert habe, matte Ehrbezeugung, Unterlassung der Ehrbezeugung wegen angeblichen Nichtsehens usw. Aber das Interessanteste ist, daß in dieser Verfügung gesagt wird:

> In den Strafbüchern habe ich bis jetzt sehr wenig wegen mangelhafter Ehrbezeugung verhängte Strafen gefunden. (Hört, hört! bei den U. S.) Sollte mein Hinweis auf unfruchtbaren Boden fallen, dann würde ist zur Ergreifung besonderer Maßregeln genötigt sein.

Derartige Maßregeln sind ja auch an andern Orten ergriffen worden. In Leipzig ist im Dezember v. J. durch einen derartigen Kommandanturbefehl zwei Wochen nacheinander überall das Grüßen geübt worden. In einer Zeit der Kohlennot, wo Lichtersparnis überall auf der Tagesordnung stand, sind die Leute abends in den Kasernen zusammengeholt worden, um das Grüßen zu üben, auch die, die sonst gar nicht direkten militärischen Dienst hatten, die abkommandiert waren und dergleichen mehr. (Hört, hört! bei den U. S.) Aber, meine Herren, andere Beschwerden viel tiefgehenderer Art müssen hier zur Sprache gebracht werden, sind es bereits zum Teil gestern schon, die im Zusammenhang mit der bekannten Bezeichnung „b 18" stehen, das sind die

Einziehung dienstuntauglicher Personen zum Militär,

die lediglich auf gemeine Denunziation oder auf bestimmte Vorgänge politischer und wirtschaftlicher Art zurückzuführen sind. Im Landsturmbataillon XIII/16 ist ein Mann eingezogen worden, der vom Landjäger denunziert wurde, daß er wegen Selbstverstümmelung versucht habe, sich vom Militär loszumachen, ein Mann, der bereits im Felde gestanden hat. Ihm wurde nachgesagt, er habe sich einen Finger abgehackt. Nach seiner Wiedereinziehung ist festgestellt worden, daß er unmöglich 11 Finger gehabt haben kann, denn seine 10 Finger hatte er noch. Der Mann war mit Rente vom Militär entlassen worden und wurde auf diese gemeine Denunziation, die als ein Racheakt hingestellt wird, wieder eingezogen. Ich habe bereits in der Kommission darauf hingewiesen, daß ein Kommandanturbefehl besteht, der darauf hinweist, daß die Leute, die am Streik beteiligt waren, bei der Wiedereinziehung sofort ins Feld zu schicken sind. Es heißt in diesem Befehl:

> Es wird nochmals daran erinnert, daß sämtliche, also auch die k. v., Unteroffiziere und Mannschaften zwei Tage nach ihrem Eintreffen bei der Kompagnie zu der Versandabteilung zu gestellen sind. Facharbeiter, die als k. v., g. v. f., g. v. e., a. v. f., a. v. e., eingestellt sind, werden mit dem Vermerk: „Einstellung erfolgt, weil die Bedingungen für eine Zurückstellung nicht gegeben sind", sind nicht als Facharbeiter zu behandeln, sondern mit größter Beschleunigung ins Feld zu senden. (Hört, hört! bei den U. S.) Dabei ist Nummer, Datum und Inhalt ihrer Einstellungsverfügung in der Abteilung zu melden. G. v. h. und a. v. h. Facharbeiter, die mit vorerwähnter Bemerkung zur Einstellung gelangen, sind nach Ablauf von sechs Wochen seit ihrer Einstellung der Versandabteilung vorzustellen. Sie sind hauptsächlich für militärische Kommandos jeder Art zu verwenden. Es wird gleichfalls daran erinnert, daß hauptsächlich Eisenfacharbeiter, auch k. v., nach Möglichkeit beim Bataillon zurückzuhalten sind.

Hier sieht man die unterschiedliche Behandlung solcher politisch verdächtiger Personen, denen man gerichtlich nichts anhaben kann, die zur Strafe eingezogen werden, gleichviel ob sie kriegsverwendungsfähig sind oder nicht, ins Feld auf Befehl geschickt werden müssen, während kriegsverwendungsfähige Facharbeiter zurückzuhalten und dann wahrscheinlich an Stelle dieser eingezogenen Reklamierten zu beurlauben sind. Ich habe eine ganze Anzahl der auf diese Art und Weise eingezogenen Leute dem Kriegsministerium namhaft gemacht.

Es handelt sich aber nicht nur um Streiksünder, es befinden sich darunter auch eine Anzahl Leute, die vom Unternehmer als Personen bezeichnet wurden, die im Betriebe unangenehm empfunden werden. (Hört, hört! bei den Unabh Soz) Es sind Leute darunter, die lediglich ihrer Pflicht als Mitglieder des Arbeiterausschusses genügt haben, Mißstände zu beseitigen, und die deswegen auf Angabe des Unternehmers zum Heere eingezogen sind. (Hört, hört! bei den Unabh. Soz.) Derartige aus politischen Gründen Eingezogene befinden sich beim Landwehrinfanterie-Ersatzbataillon 40 in Neubreisach. Die Namen habe ich bereits dem Kriegsministerium vorgelegt, eine Antwort ist mir bis heute noch nicht zugekommen. Aber unter diesen Personen befinden sich solche, die vollständig dienstuntauglich sind. Außerdem sind es Facharbeiter, die hier in den Betrieben notwendig gebraucht werden, für die verschiedene Reklamationen bereits gemacht worden sind. Die Reklamationen sind nicht beachtet worden und die Leute werden dort nicht zum militärischen Dienst, sondern zu allen möglichen Nebenarbeiten verwendet. (Hört, hört! bei den Unabh. Soz.) Ein Soldat, 48 Jahre alt, der gar kein Koppel tragen darf, wird als Ordonanz verwendet. Ein Schlosser, der auf einem Auge blind ist und keine Zähne hat, wird als Straßenkehrer verwendet. Ein andrer, der starke Brandwunden am ganzen Körper hat, aus dem Grunde militäruntauglich ist, wird als Straßenkehrer verwendet. (Hört, hört! bei den Unabh. Soz.) Ein andrer, der an starken Darmblutungen leidet, ist sofort ins Lazarett gekommen. Personen, die dort nach ein oder zwei Tagen Dienst wochenlang im Lazarett Aufnahme finden mußten, weil sie den Strapazen nicht gewachsen waren. Und nun werden auch die aus dem Lazarett wieder entlassenen Personen, die nicht kriegsverwendungsfähig sind, mit Arbeiten wie Kartoffelschälen und Kleiderreinigen und Gewehrreinigen beschäftigt, so daß der Feldwebel die größte Mühe hat, die Leute überhaupt den ganzen Tag über zu beschäftigen.

Beim Landwehrersatzbataillon 110 in der 1. Kompagnie sind eine ganze Anzahl dieser Krüppel zusammengestellt worden. Man nennt diese Kompagnie direkt Krüppelkompagnie. Dort werden die Leute mit Straßenkehren, Gewehrreinigen und mit Wäschewaschen beschäftigt, so daß der Feldwebel direkt erklärt hat, er wäre froh, wenn er die ganze Blase los wäre. Die Behandlung ist sehr gut. Aber warum hält man die Leute dort beim Militär fest? Alle Reklamationen werden nicht beachtet, während sie hier in den Betrieben notwendige Arbeiten verrichten und ihre Familie aus eigner Kraft ernähren könnten. So fallen auch die Familien noch dem Staat und der Gemeinde zur Last. Es muß dringend gefordert werden, daß diesem Unwesen ein Ende bereitet wird. Aus dem Grunde haben wir den Antrag gestellt, daß militäruntaugliche Personen aus dem Heere zu entlassen sind, daß aber auch aus politischen Gründen derartige militärisch untaugliche Personen nicht eingezogen werden dürfen.

Welch traurige Folgen eine derartige Maßregel der Einziehung untauglicher Personen nach sich ziehen kann, dafür einen Fall! Im Dezember vorigen Jahres ist ein Mann mit Namen Feser, 45 Jahre alt, nicht gedient, zum Infanterieausbildungsbataillon 14/30 auf den Heuberg in Baden eingezogen worden. Der Mann, ein Hüne von Gestalt, ist in seinem Leben nie krank gewesen. Das Militär war nicht in der Lage, ihm Stiefel zu liefern, weil es von dieser Größe gar keine gab. Ein Beweis dafür, welche Körperkonstitution dieser Mann besessen hat! Der Mann hat in seinen eigenen Stiefeln exerzieren müssen, und als sie kaputt waren, hat er den Winter über weiter marschieren und in schwerster Kälte exerzieren müssen. Er ist geschliffen worden, daß er trotz der Kälte wie in Schweiß gebadet zurückgekommen ist, und er ist wahrscheinlich infolge der schlechten Fußbekleidung erkrankt; er ist todkrank aus dem Lazarett entlassen, wochenlang noch in der Kaserne zurückbehalten und nicht nach der Heimat entlassen worden. Im April 1918 ist der Mann dort gestorben. Es wird von allen, die ihn kannten, bescheinigt, daß der Tod nur auf den ungeheuren Drill zurückzuführen ist, der an dem Mann geübt worden ist. Es wird die Forderung gestellt, daß die Vorgesetzten, der Herr Hauptmann Wagner und der Korporalschaftsführer Füssel, eidlich vernommen werden sollen. Außerdem aber ist es notwendig, sämtliche Vorgesetzten, Unteroffiziere und Sergeanten dieser Kompagnie eidlich zu vernehmen, um die Todesursache dieses Mannes festzustellen. Wenn

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219180617-10/fragment/page=0003

Menschenleben so zugrunde gerichtet werden, so gibt es kein Wort der Kritik, das scharf genug ist, dieses System zu kennzeichnen. (Sehr wahr! bei den Unabh. Soz.)

Die Militärbehörde leugnet so auch nicht ab, daß Einziehungen erfolgen, die nicht im militärischen Interesse liegen. Es ist im „8 Uhr Abendblatt" vom 7. Juni eine anscheinend offiziöse Notiz vorhanden, in der gesagt wird:

„Es ist nicht ausgeschlossen, daß Arbeitgeber bisweilen auch Einziehung beantragen und auch daß solche Aufträge zum Teil auf untergeordnete Stellen, Werkmeister usw., mit persönlichen Motiven zurückzuführen sind."

Die Entscheidung über die Wiedereinziehung liegt aber in allen Fällen bei der als unparteiisch zu betrachtenden Militärbehörde. Es wird außerdem darauf hingewiesen, daß die Mehrzahl der Wiedereinziehungen tatsächlich aus militärischen Gründen erfolge, also nur die Minderzahl. Es sind also nicht Einzelfälle, die auf derartige gemeine Denunziationen oder Schikanen aus wirtschaftlichen Gründen erfolgen, politische Maßnahmen als Grund zur Unschädlichmachung von Personen, denen man juristisch nicht beikommen kann, die man aber im Militär interniert, um die Bahnhöfe unschädlich zu machen. Meine Herren, der Reichstag darf sich nicht zum Mitschuldigen an diesem System machen, kranke, unfähige Menschen aus politischen Gründen beim Militär noch vollständig ruinieren zu lassen, sie der Laune ihrer Vorgesetzten auszuliefern. Aus diesem Grunde ist es notwendig, daß unser Antrag angenommen wird, der weiter geht als der vom Zentrum beantragte, welcher nur verlangt, daß die Unbrauchbaren wieder entlassen werden. Wir legen den Hauptwert darauf, daß der Reichstag erklärt, daß

ärztlich für unbrauchbar erklärte Personen nicht eingezogen werden dürfen.

Meine Herren! Auf die Stimmung im Heere habe ich bereits vorhin hingewiesen. Sie ist nicht so, wie man sie gern sehen möchte; denn sonst wären die Vorsichtsmaßnahmen, die man beliebt, gar nicht nötig: die Gesinnungsschnüffelei, die Beeinflussung der politisch aufrichtigen Personen, die Kennzeichnung in den Geheimakten, daß alle die, die sozialdemokratische Zeitungen lesen oder gewerkschaftlich organisiert waren, mit einem roten Strich bezeichnet werden — beim 3. Matrosenregiment, 5. Kompagnie —, daß aber die so mit rotem Strich Bezeichneten, die zu keiner Nebenarbeit zugelassen werden, die ersten sind, die in den Schützengraben hinausmarschieren müssen. Wenn sich nun diese Mißstimmung auch bei den vom Militär entlassenen Personen geltend macht, dann ist man bewußt, die Folgen dieser Mißstimmung wieder zu beseitigen. Das Kriegsministerium oder das Kriegspressebureau hat ausdrücklich eine Verfügung an die einzelnen Formationen ergehen lassen und einen Vorschlag des Professors Zimmermann propagiert, wonach die Aerzte in ihren Sprechstunden sehr gut die Gelegenheit wahrnehmen könnten, auf die vom Militär entlassenen Personen beruhigend einzuwirken. Dieser Herr Professor schreibt:

Ich habe bisher den Eindruck gewonnen, daß die meisten Sozialdemokraten keine Ahnung haben, was Scheidemannscher Friede bedeutet, und daß sie aufmerksam sind, wenn man ihnen die Tatsachen klarstellt, insbesondere daß, wenn ein solcher Friede zustande käme, die Industrie auf Jahre hinaus nicht erträgliche Arbeitslöhne zahlen könnte. Den Liberalen und dem Mittelstande gegenüber pflege ich als Hauptargument den Geldbeutelstandpunkt ins Treffen zu führen, der doch bei einem Verständ[illegible]rieden vom Stat aufs gründlichste vertreten werden müßte. Auch bei diesem Publikum kann meiner Meinung nach ein Arzt vieles erreichen.

Man sieht hieraus, daß nicht nur die beim Militär befindlichen Personen systematisch beeinflußt werden, sondern auch die Entlassenen; denn trotz der Papiernot hat das Kriegspressebureau am 29. August 1918 genügend Papier übrig gehabt, um diesen Vorschlag überall zu protezieren.

Ueber den Aufklärungsunterricht will ich nicht viel Worte verlieren. Wie verträgt sich dieser einseitige Aufklärungsunterricht im Felde, der lediglich die Flugblätter des Unabhängigen Ausschusses für einen deutschen Frieden bei den Soldaten in die Hand gibt, (Sehr wahr! bei den U. S.) mit dem Grundsatz, daß Politik im Heere nicht getrieben werden darf? Ja, die Politik des Durchhaltens wird bestirnvortet, während jede andre Politik untersagt wird. (Sehr richtig! bei den U. S.)

Wir haben kürzlich die Anfrage gestellt, wie es möglich ist, daß **einzelne Zeitungen bevorzugt werden für das Militär, während**

die Leipziger Volkszeitung verboten

worden ist. Die Antwort auf unsre Anfrage hat uns nicht befriedigt, eine weitere Auskunft haben wir nicht erhalten. Tatsache ist, daß **man die Leipziger Neuesten Nachrichten in den Leipziger Kasernen obligatorisch einführt** (Hört, hört! bei den U. S.), lediglich weil sie alldeutsche Propaganda treiben, daß man aber auch die Soldaten verpflichtet, die in jeder Stube ausgelegten Exemplare aus ihrer Tasche zu bezahlen. (Hört, hört! bei den U. S.) Meine Herren! Es sind Verfügungen ergangen, daß auch andre Zeitungen nicht gelesen werden dürfen. Die Bremer Arbeiterpolitik ist verboten worden, es wird aber ausdrücklich darauf hingewiesen, daß von einer nach außen hin hervortretenden Verfügung abgesehen werden soll, aber darauf zu achten sei, daß die Bremer Arbeiterpolitik in Mannschaftsstuben, Kantinen usw. nicht gehalten werden darf. Warum denn? Wenn man dieses Verbot für notwendig hält, dann ist es doch notwendig, daß es öffentlich bekanntgemacht wird und nicht nur durch Geheimverfügungen. Ich habe auch in der Kommission darauf hingewiesen, daß das Militär nicht nur, auch im Kriege, gegen den äußeren Feind, sondern auch gegen den inneren Feind Verwendung finden soll, daß von bestimmten Fabriken aus Anforderungen gestellt worden sind nach einem Offizier, der

die Bedienung von Maschinengewehren übernehmen soll bei bevorstehenden Arbeiterunruhen.

Das Kriegsministerium hat erklärt, daß ihm der Vorgang nicht bekannt sei, und auch auf meine ausführliche Erwiderung ist mir bis heute eine Antwort noch nicht zugegangen. Ich möchte dringend bitten, daß uns Aufklärung gegeben wird, wieso man hier das Militär **der Privatindustrie zur Verfügung stellen will, um bei vorkommenden Arbeiterunruhen auf Vater und Mutter schießen zu lassen.** Die Furcht vor Arbeiterunruhen hat dazu geführt, daß man bereits Vorkehrungen getroffen hat, daß bei bevorstehenden drohenden Arbeiterunruhen **jede Beurlaubung von Offizieren und Mannschaften nach Berlin zu untersagen** ist. Von der Sicherheit, mit der man auf die Stimmung im Militär schließen müßte nach den Ausführungen, die uns von andrer Seite gemacht worden sind, scheint sehr wenig vorhanden zu sein. Trotz der Machtfülle, die alle militärischen Machthaber in der Hand haben,

brennt der ganzen Gesellschaft der Boden unter den Füßen.

(Sehr richtig! bei den U. S.) Wie ehedem der Zarismus sich nur halten konnte durch die Macht, die ihm zur Seite stand, so wittert auch unsre heutige Gesellschaft überall Verrat, fürchtet überall Verschwörung (Sehr richtig! bei den U. S.); und nur daraus ist es zu verstehen, daß aus dieser Furcht **vor überall bestehenden Verschwörungen**, die man früher im alten russischen System so lächerlich zu machen versuchte und verstand, nur dadurch ist es verständlich, daß auf jede leise Andeutung einer bestehenden Verschwörung große Abwehrmaßregeln ergriffen werden, ganze Mannschaften mobil gemacht werden, um diesen hinterlistig lauernden Feind zu bestehen.

Meine Herren! Mir ist ein Schriftstück zugestellt worden, ebenfalls vom stellvertretenden Generalstab, in dem eine Anweisung publiziert worden ist, die auf Grund von Mitteilungen eines „Vertrauensmannes" dem Generalstab überliefert worden ist. Es wäre interessant, das ganze Schriftstück vorzulesen, ich will mir aber mit Rücksicht auf die Zeit das Verantwortlichkeiten nicht leisten. Meine Herren! Es wird hier die Anweisung zur Verteilung **von Flugblättern gegeben, in der bis ins einzelnste nachgewiesen wird, wie verbotene Flugblätter verbreitet werden müssen.** Als Einwickelpapier sollen sie den Soldaten überreicht werden; bei Geschenken, Zigarren, Tabak, und wenn sonst etwas geschenkt wird, sollen stets Flugblätter dazu gegeben werden. Aber es heißt in dieser Anleitung auch weiter, die der angeblichte Vertrauensmann gebracht hat:

Man halte sich genau an die Ratschläge des deutschen Vertrauensmannes und bespreche alle Unternehmungen erst mit ihm. Wo kein Vertrauensmann zu finden ist, wende man sich an die Vertrauensleute der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei. (Hört, hört! bei den U. S.) Es wird in allen Einzelheiten festgelegt, wie die Flugblattverteilung vorgenommen werden soll, und unter dem Punkt 11 heißt es:

Es ist alles so organisiert, daß die Tätigkeit jedes einzelnen Vertrauensmanns von uns direkt überwacht wird. Nur wer seine Pflicht getan hat, erhält die vereinbarte Summe ausbezahlt.

Meine Herren! Jeder, der mit der Verteilung der Flugblätter und überhaupt mit Organisationsarbeiten nur irgendwie vertraut ist, sieht diesem Machwerk sofort die Herkunft an: es ist ein ganz elendes Spitzelmachwerk (Sehr richtig! bei den U. S.), lediglich darauf berechnet, die bestehende Furcht aufrechtzuerhalten oder sich vielleicht in eine gute Position zu setzen. (Zustimmung bei den U. S.) Nun freilich aber unsre Militärverwaltung dieses Spitzelmachwerk nicht ein, sondern es ist sofort organisiert worden, daß alles angeboten wird, um diesem gemeingefährlichen Treiben entgegenzuarbeiten. Mir liegt eine andre Verfügung vor, in der die einzelnen Platzkommandanten angewiesen werden, wer nun alles in Funktion zu treten hat: Bahnhofswachen, Truppenbefehlshaber, die militärischen Vorgesetzten aller Art, und weiter:

Die Kommandantur wird der Polizei einzelne besonders geeignete, unbedingt zuverlässige Unteroffiziere und Mannschaften zur Unterstützung in der Ueberwachung der von Arbeitern vorzugsweise benutzten Strecken stellen. Die Vorortzüge müssen besonders überwacht werden. Diesen Militärpersonen wird vom Stellvertretenden Generalkommando ein Ausweis ausgestellt werden.

Es ist ihnen für diesen Dienst das Tragen bürgerlicher Kleidung zu gestatten.

(Hört, hört! bei den U. S.)

Und weiter:

Zum Kommando für diesen Monat sind die und die Truppenteile bestimmt, die je zwei Personen vorzuschlagen haben, die unbedingt geeignet sein müssen. Weitere Unterweisungen folgen später.

Gleichzeitig ist aber auch mit darauf hingewiesen worden, daß trotz dieser allgemeinen organisierten Verbreitung geheimer Flugblätter

„es hier aufgefallen ist, daß es bisher nicht gelungen ist, die Verbreiter von Flugblättern auf frischer Tat zu ertappen".

Nun, meine Herren, das ist kein Wunder, wenn keiner dieser Flugblattverteiler ertappt werden kann, weil nach diesem System niemals ein Flugblatt verbreitet werden kann. Und wenn hier, vielleicht noch um schaurig zu machen, die Vertrauensmänner der Unabhängigen Partei als die richtige Stelle bezeichnet werden, an die man sich wenden sollte, so gebe ich Ihnen die Versicherung, meine Herren: wenn einer dieser gedungenen Lockspitzel zu uns gekommen wäre, er hätte eine Abfuhr erhalten, wie er sie nicht ein zweitesmal wünschen würde. Aber dieselbe Spitzelei, die hier geübt wird, der hier direkt eine ganze Anzahl von Personen zur Verfügung gestellt wird, um angeblich die Verbreitung von Flugblättern zu verreiteln, dieselbe Spitzelei und Schnüffelei — will ich besser sagen — und Gesinnungsriecherei wird auch von der Militärverwaltung

gegenüber den aus russischer Gefangenschaft zurückgekehrten deutschen Soldaten

geübt. Die Behandlung, die diese Vaterlandsverteidiger jetzt erfahren, steht im stärksten Kontrast zu dem Lobe, das ihnen von dieser Stelle aus des öfteren erteilt worden ist. Warum müssen nun die aus Rußland zurückgekehrten Mannschaften ganz besonders beobachtet werden? Ich habe bereits kürzlich durch einen Zwischenruf kenntlich gemacht: weil die Leute dort mit den Bolschewisten in Berührung gekommen und als Menschen behandelt worden sind. Fragen Sie die aus der russischen Gefangenschaft zurückgekehrten deutschen Soldaten, welche Freiheiten sie dort genossen haben, als die Maximalisten, die Bolschewisten die Herrschaft angetreten haben! Sie sind vollständig frei in Rußland herumgegangen, haben keinerlei Bedrückungen mehr gehabt, und das wirkt ansteckend. Aus dem Grunde sind Verfügungen erlassen worden, daß die aus Rußland zurückgekehrten Gefangenen erst einer Quarantäne unterworfen werden, daß dort festgestellt wird, ob irgendwie politisch unzuverlässige Elemente sich darunter befinden. Diese politisch unzuverlässigen Elemente dürfen nicht in die Heimat beurlaubt werden (Hört, hört! bei den U. S.), sondern sind sofort unter Bewachung (Hört, hört! bei den U. S.) den Ersatztruppenteilen zuzuführen. Wo geeignete Bewachung zum Transport nicht vorhanden ist, muß der Ersatztruppenteil diese Ueberführung vornehmen.

Auf diese verdächtigen zurückgekehrten Kriegsgefangenen soll auch der Erziehungsunterricht wirken. Gute, strenge Ehrenbezeugungen sind zu fordern, Unterricht hat zu erfolgen über Benehmen gegen Vorgesetzte, über unzählige Kriegsartikel und über strafbare Handlungen gegen die Pflichten der militärischen Unterordnung, durch geeigneten Lesestoff, durch Unterricht in Wort und Bild ist das vaterländische Gefühl zu heben, um den durch die Vorgänge in Rußland etwa geweckten revolutionären Ideen damit in geeigneter Weise entgegen zu wirken. (Hu, hu! bei den U. S.) Das ist der Hauptgrund: man fürchtet, daß die dort gemachten Beobachtungen hier weiterwirken können. Meine Herren, da nutzen auch Ihre vaterländischen Unterrichtsabende nichts; die Erfahrungen, die unsre Gefangenen in Rußland in der letzten Zeit gemacht haben, werden ihre Früchte auch in Deutschland noch zeigen.

Es ist gestern bezüglich der Behandlung der aus Rußland zurückgekehrten Kriegsgefangenen bereits vom Kollegen Schöpflin die Frage aufgeworfen worden: was wird denn mit den Kriegsgefangenen, deren Personalien in Rußland von englischen Offizieren aufgenommen worden sind, die also, wenn sie an die Westfront transportiert werden, in die Lage kommen können, bei erneuter Gefangennahme erschossen zu werden? Ich möchte dringend ersuchen, daß die Frage beantwortet wird, aber nicht nur hinsichtlich der aus Rußland zurückgekehrten Kriegsgefangenen, sondern ganz besonders auch im Hinblick auf die verschiedenartige Behandlung der aus französischer Gefangenschaft ausgetauschten Krankenträger und anderen Sanitätspersonal. Es ist Tatsache, daß die ministerielle Verfügung vom 13. Juni 1917, die besagt, daß deutsche Heeresangehörige, die von den feindlichen Mächten auf Grund besonderer Vereinbarungen über Kriegsgefangene aufgetauscht und in die Heimat entlassen sind, nur innerhalb des Heimatsgebiets Verwendung finden dürfen, durchbrochen ist und nicht beachtet wird, ja daß bereits eine ganze Anzahl solcher Sanitätspersonen wieder nach dem Westen transportiert worden sind. (Hört, hört! bei den U. S.) Ich halte es, geradezu für ein Verbrechen, daß man die Leute entgegen den gegebenen Versprechungen wieder nach dem Westen transportiert. Ich erwarte, daß auf unsre Anfrage eine präzise Antwort erfolgt, daß aber auch den verschiedenen Truppenverbänden die direkte Weisung erteilt wird, daß gegen diese Ministerialverfügung nicht verstoßen werden darf, weil all die betreffenden Personen mit ihrem Leben sonst dieses Vorgehen büßen müßten.

Aber noch andre Beschwerden, ganz besonders des Sanitätspersonals, der Krankenwärter sind mir mitgeteilt worden. So ist die Löhnung der Soldaten erhöht worden und dem Sanitätspersonal, den Militärkrankenwärtern ist nachträglich die Erhöhung wieder abgezogen worden, weil sie schon eine Erhöhung, eine Zulage für ihre Tätigkeit erhalten. Ist ihnen die vom Reichstage gewährte Lohnzulage zwar verspätet ausgezahlt, dann aber von der Löhnung wieder abgezogen worden. Das ist ein Vorgang, der unmöglich bestehen bleiben kann. Es sind hier scharfe Worte gegen die scheinbare Degradierung von Vorgesetzten vorhin gefallen. Aber gerade so und sogar dringender bedürfen die gewöhnlichen Soldaten ihrer Löhnung. Wenn der Reichstag beschlossen hat, den Soldaten eine Lohnzulage zu geben, so darf die auf eine andre Art und Weise nicht wieder in Abzug gebracht werden.

Meine Herren, dieser Tage ist uns ein Schriftstück, eine Veröffentlichung der Chemnitzer Allgemeinen Zeitung zugegangen, in der darauf hingewiesen wird, daß in Frankreich die Weber gegen die deutschen Soldaten sich wie Hyänen betragen und bei einer Anfrage, die gestern hier über das Lynchverfahren von Deutschen in Amerika gestellt wurde, hat man die Mißstimmung dadurch zum Ausdruck gebracht, daß erklärt wurde, daß man ein derartiges Verfahren unmöglich billigen kann. Aber die berechtigte Empörung, die sich hier gegen Mißhandlungen unsrer Landsleute gezeigt hat, sollte schließlich auch gegenüber der Behandlung der Gefangenen in Deutschland Platz greifen. Wenn gefangene Russen hier in Deutschland mißhandelt werden, weil sie sich über das Essen beschwerten und ihrer Mißstimmung darüber Ausdruck geben, weil sie der Meinung sind, daß zwar von der Militärbehörde genügende Lebensmittel geliefert werden, ihnen aber von der Verpflegungsstelle das Essen nicht wie früher verabfolgt wird. Russische Gefangene, die in der Betriebswerkstatt Engelsdorf schwere Arbeit zu verrichten hatten, haben einfach die Arbeit verweigert, um die Militärbehörde darauf aufmerksam zu machen, daß ihnen das Abendessen gekürzt worden ist; sie haben verlangt, daß ihnen bei der schweren Arbeit genügendes Abendessen verabreicht wird. Die Arbeitsverweigerer haben dafür einen halben Tag lang stillstehen müssen, bis einer umgefallen ist, und der Gefreite hat dann diesenjenen, die sich beschwert haben, direkt geschlagen. (Hört, hört! bei den Unabh. Soz.) Der Offizier, der das Stillstehen bis nachmittag um 2 oder ½3 Uhr angeordnet hat, hat dem Gefreiten direkt Befehl gegeben, wenn so etwas wieder vorkomme, dann solle er einfach drei oder vier über den Haufen schießen; er verantworte es. (Hört, hört! bei den Unabh. Soz.) 14 Personen, die sich auch am Abend noch nicht bereit erklärt haben zu arbeiten, wenn nicht ihre Verpflegungsrationen erhöht würden, mußten zur Strafe acht Tage lang nach ihrer täglichen Arbeitszeit Arrest in einem Eisenbahnwagen absitzen. (Hört, hört! bei den Unabh. Soz.) Man sollte es nicht glauben, daß in einem Kulturstaat wie Deutschland noch derartige Vorgänge zu verzeichnen sind. (Sehr richtig! bei den Unabh. Soz.) Ich erwarte, daß dieser Vorgang, der sich am Donnerstag voriger Woche abgespielt hat, einer Untersuchung würdig befunden wird, und daß der Offizier, der so gegen alle Sitte und allen Gebrauch verfahren hat, zur Rechenschaft gezogen wird. Das sind Begleiterscheinungen, die in diesem System aufwuchern, bei dem leider zu beobachten ist, daß sich der Gefreite schon als Vorgesetzter gefühlt hat und einfach

die wehrlosen Russen mit dem Seitengewehr geschlagen hat,

weil sie ihn darauf aufmerksam machten, daß doch eine derartige Behandlung unwürdig sei, daß sie sich nicht mehr im Kriegszustand mit Deutschland befinden, sondern eigentlich fort sein müßten, wie unsre deutschen Gefangenen in Rußland frei wären.

Ich will es mit den Klagen genug sein lassen, aber einzelne Beschwerden muß ich noch vorbringen. In den Unterkunftsräumen, wo die jungen Mannschaften zusammengepfercht wohnen müssen, in Kasernen, die früher als Tanzlokale benutzt wurden, fehlen oft die notwendigsten Gegenstände, um den Soldaten die Möglichkeit zu geben, ihre Habseligkeiten einzuschließen, und dort ereignet es sich jetzt sehr häufig, daß notwendige Bedarfsgegenstände, Lebensmittel und dergleichen gestohlen werden. Schuld daran sind die mangelhaften Einrichtungen, weil die Soldaten keinerlei Schränke haben, in denen sie ihre Sachen aufbewahren können. Aber die Folgen haben die Soldaten zu tragen. Es werden ihnen für eine entwendete Hose 3n Mark und für ein Paar Schuhe 16 Mark, für eine Drellhose 4.50 Mark, für eine Armelweste 10.75 Mark usw. abgezogen, ein Vorgang, der die Leute in die Arme fatale Lage bringt, weil sie oftmals gar nicht imstande sind, das Geld aufzubringen. Hier Abhilfe zu schaffen, ist zwingend notwendig.

Nun, meine Herren, ist bereits vorhin darauf hingewiesen worden, daß wir mit Bitten nicht weit kommen, und uns auch keinen großen Erfolg davon versprechen. Wir müssen aber verlangen, daß Beschwerden abgestellt werden. Die einzige Möglichkeit zur Abstellung aller dieser sich immer wiederholenden Vorgänge bietet sich darin, daß das Beschwerderecht des Soldaten garantiert und erweitert wird. Nur unter dem jetzigen System ist es möglich, daß derartige Vorgänge einfach unaufgedeckt sind.

Unsre Anschauungen über das System des Militarismus haben wir auch im Kriege nicht geändert. Wir stehen heute noch genau so

dem ganzen System gegenüber,

wie wir es bei jeder Beratung des Militäretats gezeigt haben. Wir wissen, daß wir hier kritisieren können, kritisieren müssen, daß sich aber die Folgen unsrer Kritik nicht eher zeigen werden, bis das ganze System geändert ist. Der Krieg und die Begleiterscheinungen des Krieges werden aber einer ganzen Anzahl von draußenstehenden Kämpfern die Augen öffnen über die Nützlichkeit der sogenannten göttlichen Weltordnung, des bestehenden Wirtschaftssystems, das diesen Militarismus großgezogen hat und das ihn aufrechterhalten muß zur eigenen Stütze. Erst mit diesem System wird auch der Militarismus fallen. Gestern ist vom Herrn Abgeordneten Dr. Wirth darauf hingewiesen worden, daß die Abrüstung bevorstände. Wir glauben nicht an die Abrüstung; denn schon die uns jetzt vorliegenden neuen Anträge weisen auf eine Aufrüstung hin, und aus dem Grunde können wir auch diesen neuen Gesetzesvorlagen unsre Zustimmung nicht geben, weil dieses System zu verlängern, dieses System zu stärken, nicht unsre Aufgabe sein kann. (Bravo! bei den U. S.)

Aus der Partei.

Gegen persönliche Verleumdung.

Redakteur Woldt von der Elberfelder Freien Presse brachte in dieser Zeitung am 11. d. M. einen Artikel mit der Ueberschrift Herzfeld und Genossen. Woldt druckt darin einen Teil der Ausführungen ab, die Gen. Herzfeld im Reichstag über Woldts Haltung zu dem vom Pressebureau des Rheinischen Generalkommandos gelieferten Materials und zu der danach veröffentlichten Broschüre Tatsachen gemacht hat. Er bestreitet nicht irgendeinen Punkt von Herzfelds Ausführungen, ebensowenig wie dies die Abhängigen im Reichstag tun konnten. Abgesehen davon, daß er behauptet, die Verheimlichung seiner Tätigkeit für die Politik des Generalkommandos nicht zur Bedingung gemacht zu haben. Er glaubt aber Herzfelds Ausführungen dadurch entkräften und die Aufmerksamkeit von sich dadurch ablenken zu können, daß er, nach dem Beispiel der Abgg. Noske und Sachse im Reichstag, den Gen. Herzfeld durch die Behauptung beschimpft, Herzfeld sei „ein Kriegsgewinner, der sein Vermögen durch Petroleumschiebungen sich jetzt verdient hat".

Demgegenüber hat Gen. Herzfeld die Elberfelder Freie Presse um Aufnahme seiner folgenden Erklärung gemäß § 11 des Preßgesetzes ersucht: Ich erkläre:

1. daß ich in meinem Leben niemals und nirgendwo mit irgendeiner Ware gehandelt oder spekuliert habe, geschweige im Kriege;
2. daß ich insbesondere niemand und nirgendwo mit Petroleum geschäftlich zu tun gehabt habe noch jetzt habe, und daß ich niemals und nirgendwo auch nur einen Pfennig durch Petroleum verdient habe;
3. daß ich kein Kriegsgewinner bin, wohl aber infolge des Krieges schwere Verluste an meinem Vermögen erlitten habe.

Gen. Herzfeld hat es bisher unter seiner Würde gehalten, sich mit derzleichen gemeinen Verleumdungen öffentlich zu befassen. Gegenüber seinen Wählern und den Parteigenossen, die ihn und seine Lebensführung und Parteitätigkeit seit Jahrzehnten kennen, hat er dies nicht nötig. Da aber Woldt sich nicht scheut, sein eigenes Verhalten gegenüber der Politik des Generalkommandos dadurch verdecken zu wollen, daß er diese Gemeinheiten in die Rheinische Presse bringt, so war Genosse Herzfeld zu seinem Bedauern zu dieser Erklärung an die Elberfelder Freie Presse genötigt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191806 17-10/fragment/page=0004

Politische Uebersicht.

Das Abgeordnetenhaus

beschloß in seiner Sitzung am Sonnabend zunächst, die Genehmigung zur strafrechtlichen Verfolgung des konservativen Abgeordneten von Bonin (Neustettin) zu erteilen. Das geschah auf ausdrücklichen Wunsch des Abgeordneten. Der Nachtragsetat für die Anstellung des Staatskommissars für das Wohnungswesen wurde bewilligt. Der neue Mann, Unterstaatssekretär Coels van der Brüggen sagte: Zu den Aufgaben, die das Wohnungsgesetz stellt, ist als neue die Vorsorge für Wohnstätten für die heimkehrenden Kriegsteilnehmer hinzugetreten. Nach meinem Dienstantritt sind mir eine große Fülle von Ratschlägen übersandt worden, die ich mit Ernst prüfen werde. Mein Ziel ist die Einschränkung des Mietkasernenwesens in den Großstädten und die Zugabe von Gärten zu den Häusern, eine angemessene Verteilung der Bevölkerung auf Stadt und Land. Wenn die Mittel der Gemeinden nicht ausreichen, so wird der Staat ihnen Beihilfen zur Verfügung stellen.

Danach wurde die Debatte zum Kultusetat beim Kapitel Volksschulwesen fortgesetzt. Es sprachen der Fortschrittler Otto, der Pole Stychinski und Leinert. Der letzte Redner kam erst zu Wort, als ein Geschäftsordnungsantrag von Adolf Hoffmann auf Vertagung wegen zu schwacher Besetzung des Hauses eben wegen dieser schwachen Besetzung gar nicht zur Abstimmung gekommen war. Hoffmanns Antrag führte übrigens zu einer lebhaften Geschäftsordnungsdebatte. Die Geschäftsordnung schreibt vor, daß ein Vertagungsantrag von mindestens 30 Abgeordneten unterstützt sein muß; er war also unmöglich, weil nur noch 20 Abgeordnete anwesend waren. Diese bureaukratische Auslegung des Buchstabens veranlaßte Adolf Hoffmann zu einer Feststellung, daß wenn die Meinung des Präsidenten stimme, das Haus immer weitertagen müsse, wenn auch nur noch ein einziger Abgeordneter im Saale schlafe, während ein weiterer Abgeordneter spreche.

Unser Parlamentsbericht bemerkt, daß zum Schluß der Sitzung nur noch acht Abgeordnete anwesend waren.

Die Budgetdebatte der italienischen Kammer.

Bern, 15. Juni. Modigliani begründete gestern den von den Sozialisten eingebrachten Gesetzentwurf betreffend die öffentliche Kontrolle der Zeitungsverwaltungen. Er verlangte ordnungsmäßige Eintragung der Publikationsgesellschaften in das Handelsregister. Besonders heute wolle die öffentliche Meinung wissen, wer die Zeitungen beeinflusse und wer sie finanziere. Orlando nahm den Gesetzentwurf unter Vorbehalt entgegen.

Bern, 15. Juni. Modigliani hat namens der sozialistischen Kammergruppe einen Antrag betreffend Abänderung des Artikels 13 der Verfassung zwecks Errichtung parlamentarischer Kontroll-Kommissionen eingereicht.

Bern, 16. Juni. (W. T. B.) Das Interesse der italienischen Kammer an der Budget-Debatte ist abgeflaut. Zahlreiche Redner haben gestern angesichts der österreichischen Offensive auf das Wort verzichtet.

Kleine politische Nachrichten.

Die Beratung der Steuervorlagen durch den Reichstag hat, wie die Tägl. Rundschau schreibt, bis jetzt einen festen Willen und Großzügigkeit bewiesen. Man darf damit rechnen, daß die vier Milliarden neuer Steuern fast mit Einstimmigkeit vom Reichstage bewilligt werden und so der Wille zum Siege kraftvoll bekundet wird. Die aus dem letzten Satze hervorgehende eingeschränkte Einstimmigkeit werden die unabhängigen Sozialdemokraten auf dem Gewissen haben. Unsere Fraktion wird aus grundsätzlichen Erwägungen heraus gegen das Viermilliarden-Steuergesetz stimmen. Es belastet außerdem die ärmeren Volksschichten weit härter als die Besitzenden. Die Regierungssozialisten freilich scheinen es annehmen zu wollen, wenn man der Rundschau Glauben schenken darf.

Gewaltgerichte über Irland. London, 14. Juni. (Reuter.) Eine Proklamation, die in Dublin veröffentlicht worden ist, erklärt, daß auf 14 irische Grafschaften die Bestimmung des Kriminalgesetzes von 1887 Anwendung findet, die die Verlegung des zuständigen Gerichtsortes und die Aburteilung von Gefangenen durch besondere Geschworenengerichte anordnet.

Die Folge des Friedens von Bukarest. Sofia, 16. Juni. Ministerpräsident Dr. Radoslawow hat dem König die Demission des Kabinetts angetragen. Der König hat die Demission angenommen und die Minister beauftragt, bis zur Bildung des neuen Kabinetts die Geschäfte weiterzuführen.

Halle und Saalkreis.

Halle, den 17. Juni 1918

Raubplan auch gegen den Zeitzer Volksboten.

Unser Zeitzer Bruderblatt schreibt in der Sonnabendnummer unter der Ueberschrift: Namenloser Jammer und versteckte Tücke:

Das schier Unglaubliche ist Ereignis geworden. Die Zeitzer Regierungssozialisten, die allein Mühe und Not hätten, die nötige Mannschaft für ein Doppelkopfspiel zusammenzubringen, sind am vergangenen Sonntag im heiligen Stephan in Zeitz in aller Heimlichkeit zusammengekommen zu einer Tagung, die, wenn man dem abhängigen Blatt in Halle und dem Berliner Vorwärts Glauben schenken darf, nichts mehr und nichts weniger darstellte als den „Kreistag des sozialdemokratischen Vereins für den Reichstagswahlkreis Naumburg-Weißenfels-Zeitz“.

Der dem Parteileben unseres Wahlkreises Fernstehende erfährt aus dem Thieleblatt in Halle, daß „auf dem vorjährigen Kreistag“ ein Teil der Delegierten, „ungefähr zwei Drittel zu ein Drittel“, unabhängig geworden ist und damit „den Austritt aus der alten Partei erklärt“ hat. Der Rest hat sich dann gelobt, „den bisherigen Kreisverein hochzuhalten und weiterführen“ zu wollen. Der Fernstehende erfährt weiter, daß letzteres seine großen Schwierigkeiten hatte, weil „der frühere Kreisvorstand alles Vereinsmaterial sowie auch das Vereinsvermögen“ an sich gebracht habe. Wer lacht da nicht? Jedenfalls nur derjenige, der nicht weiß, wie die Dinge in Wirklichkeit sind. Denn die Wirklichkeit ist für „die alte Kreisorganisation“ jammervoll. **Tatsächlich sind rund 95 Prozent der Mitglieder dem vorjährigen Kreistagsbeschluß auf Uebertritt der Kreisorganisation zur Unabhängigen Partei beigetreten** und nur 5 Prozent haben sich den Spaß geleistet, die sie erdrückende Mehrheit und damit die alte Kreisorganisation selbst, die auf proletarisch-demokratischer Grundlage aufgebaut war und noch heute ist, als „abgesplittert“ zu bezeichnen. Und nun der namenlose Jammer, daß wir, die Einigen und Alten, nicht anerkennen wollen, was bürgerliche und juristische Spitzfindigkeiten, verbunden mit Thielescher Gerissenheit, den wirklich von der alten Kreisorganisation Abgesplitterten zugestehen wollen.

Namenloser Jammer spricht, wie gesagt, aus dem Bericht des Thieleblattes in Halle. Man jammert um die alte zugkräftige Firma, und man ist so jammervoll, daß man nicht einmal diejenigen namhaft macht, welche gejammert haben. Die Hermann Weickart und August Gerhard muß man erst im Vorwärts suchen, wenn man sie finden will. Und es ist gut, daß man sie dort finden konnte, denn die Parteigenossen im Kreise wollen doch schließlich wissen, was den neuesten Thielestreich versuchen will, der im heiligen Stephan ausgeheckt worden ist. Ebenso wie sie den Streich selbst kennen lernen wollen. Der Bericht des Thieleblattes sagt darüber, daß der Vorschlag gemacht wurde,

„nun nicht mehr länger zu zögern und durch eine Feststellungsklage klarstellen zu lassen, daß lediglich wir als die rechtmäßigen Vertreter des sozialdemokratischen Kreisvereins anzusehen sind.“

Man muß wiederum den Vorwärts zur Hilfe nehmen, wenn man feststellen will, daß der Jammer um die Namenlosigkeit eitel Heuchelei ist. Man heuchelt nämlich zunächst noch im eigenen Blatte, man scheut sich, jetzt schon auszusprechen, was man eigentlich will. Im Vorwärts wird man schon deutlicher. Dort heißt es, daß die Weickart, Gerhardt und Genossen den Auftrag bekommen haben, **„unsere Eigentumsrechte an dem von den Unabhängigen mit weggenommenen Vereinsvermögen geltend zu machen“.**

Hört es, Genossen und Genossinnen im Kreise! Adolf Thiele, der Mann, den ihr zum Reichstagsabgeordneten gemacht habt, der euer Vertrauen besaß, weil er es sehr gut verstand, sein innerstes Wesen zu verbergen, und der es heute nicht mehr besitzt, nachdem er Farbe bekannt hat, begnügt sich nicht damit, gegen euren Willen euer Mandat weiter auszuüben, er streckt jetzt auch die Hand aus nach allem, was ihr euch in jahrzehntelanger Arbeit erworben und aufgebaut habt. Nicht nur das Mandat will er fernerhin haben, auch eure aufgesparten Parteigroschen, das Parteibureau, die Einrichtungen darin und, was für ihn und seine Helfershelfer die Hauptsache sein dürfte, den Volksboten, den alten unerschrockenen Kämpfer für eure Sache, will er haben und seinen regierungssozialistischen Zwecken dienstbar machen.

Noch wird ja viel Wasser die Elster hinabfließen, bevor Adolf Thiele seinen neuesten Streich verwirklichen kann. Wenn nicht alle Vernunft zum Unsinn werden soll, dann kann über unser Parteivermögen und unseren Volksboten nur verfügen, wer beides geschaffen hat. Aber notwendig ist es, daß heute schon den Katzen die Schellen umgebunden werden, damit sie erkannt werden, wenn sie um uns herumschleichen. Adolf Thiele hat den neuesten Streich ausgeheckt. August Gerhardt und Hermann Weickart sollen und wollen ihn ausführen. Arbeiterführer nannten sich alle drei selbst sonst mit Stolz. Schöne Arbeiterführer, die mit Hilfe der bürgerlichen Gerichte die Grundlagen aller Demokratie zerstören wollen.

Merkt auf, Parteigenossen und Parteigenossinnen! „Seht euren Führern auf die Finger“, so mahnte euch August Bebel, sie handeln verbrecherisch, wenn sie sich erhaben dünken über dem, was die Masse will, so lehrte er weiter. Lebte er heute noch, so würde sein Zeigefinger auf die drei „Arbeiterführer“ gerichtet sein, die vorläufig namenlos in der Halleschen Volksstimme ihre letzten Trümpfe ausgespielt haben.

•

Recht ungeduldig gebärdete sich das Scheidemannblättchen am Sonnabend. Es jammert, wir hätten „bis zur Stunde noch keine Zeile über das landgerichtliche Urteil gebracht“ und meint: **„Dazu hatte es aber nun genügend Zeit, da dieses Urteil bereits am Montag abend in den Händen beider Parteien gewesen ist“.** Diese Behauptung ist eine glatte Lüge. Als die Volksstimme das Urteil am Donnerstag abdruckte, hatten wir es noch nicht in Händen, da unser Rechtsvertreter die Urteilsausfertigung des Gerichts wesentlich später erhielt, als der Vertreter der Gegner. Aber dafür gibt es wohl eine natürliche Erklärung: der Personalmangel am Gericht. Wir haben die Veröffentlichung des Urteils und seine Besprechung somit in einer Frist von zwei Tagen zustande gebracht, während das Blättchen in der Ulrichstraße von Dienstag bis Donnerstag, also drei Tage, dazu brauchte. Das Volksblatt war also auch in diesem Falle, wie sich das gehört, entschieden flinker. Aber inzwischen ist ja die Ungeduld des Herrn Wendemuth aus Solingen in vollem Maße befriedigt worden. Es wird noch öfter geschehen.

* **Nesselzwirn bezugsscheinfrei für Brennesselablieferung.** Eine sehr willkommene Nachricht wird von der Nessel-Anbau-Gesellschaft in Berlin verbreitet, nämlich die kostenlose und bezugscheinfreie Abgabe von Nähgarn! Die gesamte Gesellschaft gibt allen Sammlern von Brennesseln, die 10 Kilo trockner Stengel durch den Vertrauensmann der Gesellschaft abliefern, außer dem Sammellohn ein Wickel schwarzes oder weißes Nähgarn aus Brennesselmischgarn, und zwar einesteils, um damit zu fleißigem Sammeln anzuregen, andererseits, um zu zeigen, welch vorzügliches Garn aus der Brennesselfaser gewonnen wird. Es liegt deshalb in jedermanns Interesse, die wertvolle Faserpflanze zu sammeln und vor unbedachter Vernichtung — dies gilt besonders für die Zeit der Heuernte — zu schützen. Jeder fördere das vaterländische Werk der Brennesselsammlung und führe die Sammelergebnisse — vielleicht lagern noch solche aus dem Vorjahre — der nächsten Sammelstelle zu, wende sich gegebenenfalls unmittelbar an die Nessel-Anbau-Gesellschaft m. b. H., Berlin, W. 8, um Auskunft. (W. T. B.)

* **Regelung des Absatzes von Pferdefleisch.** Die im Pferdefleischhandel in letzter Zeit hervorgetretenen Mißstände haben den Staatssekretär des Kriegsernährungsamts veranlaßt, im Verordnungswege vom 1. August 1918 ab für den Ankauf von Pferden zur Schlachtung, für den Betrieb des Roßschlächtereigewerbes und den Handel mit Pferdefleisch den Genehmigungszwang einzuführen. Die Verordnung gibt den Landeszentralbehörden die Befugnis, ihrerseits die erforderlichen Ausführungsbestimmungen zu erlassen. Insbesondere sind die Landeszentralbehörden danach berechtigt, an den Stellen, an denen ein Bedürfnis nach Einführung von Richt- oder Höchstpreisen für Schlachtpferde besteht, solche festzusetzen. Wo es durchführbar erscheint, sollen Kundenlisten zur Einführung gelangen, damit das von der Verordnung erstrebte Ziel, das Pferdefleisch der minderbemittelten Bevölkerung möglichst gleichmäßig zuzuführen, eher erreicht wird.

* **Eine Volksvorstellung im Stadttheater** findet nächsten Sonntag nachmittag wiederum statt. Eintrittskarten zu dem bekannten Preise von 25 bis 65 Pf. sind jetzt schon im Arbeitersekretariat, Harz 42-44, zu haben. Zur Aufführung kommt der Schwank Ein herrschaftlicher Diener gesucht.

* **Stadttheater.** Heute, Montag, wird Die Förster-Christl wiederholt. Am Dienstag gelangt das Schauspiel Mutter von Paul Kröben zur Erstaufführung. Mittwoch wird Die Rose von Stambul gegeben. Donnerstag Gastspiel des Neuen Theaters Frankfurt a. M. Die Koralle, Schauspiel von Georg Kaiser

* **Ludendorffspende.** Die Wegelin u. Hübner Maschinenfabrik und Eisengießerei Akt.-Ges. zeichnete zur Ludendorffspende 10 000 Mark.

* **Eine Kaninchendiebin festgenommen.** Am 6. Juni ist eine Frauensperson festgenommen worden, die hier 7 junge, dunkelgraue, 8—10 Wochen alte Hasenkaninchen verkauft hat. Ihre Angaben über die Herkunft der Kaninchen sind unwahr. Mit Sicherheit muß angenommen werden, daß die Tiere aus einem Diebstahl herrühren und entweder in Halle oder in der Umgebung gestohlen worden sind. Der Eigentümer der Tiere wird ersucht, sich am 19. Juni, zwischen 8—9 Uhr vormittags, bei der Kriminalpolizei, Zimmer 71 oder 73, zu melden.

* **Stubenbrand.** Zur Beseitigung eines Stubenbrandes wurde die Feuerwehr nach der Wörmlitzer Straße gerufen. Nach kurzer Tätigkeit war jede Gefahr beseitigt.

* **Einbruchsdiebstähle.** In der Nacht zum Sonntag wurde die Schaufensterscheibe eines Tuchgeschäfts in der Barfüßerstraße eingeschlagen und mehrere Stücke Seidenstoffe, die im Schaufenster ausgestellt waren, gestohlen. In derselben Nacht wurde in eine Mehlniederlage in der Straße Neunhäuser eingebrochen, wobei etwa 600 Stück Brotmarken des Saalkreises, 1000 Stück Ersatzsuppenwürfel, mehrere Stücke Kriegsseife und 15 Mark Geld gestohlen wurden.

Radewell. Typhus. In unserer Gemeinde ist der Typhus ausgebrochen. In einer Familie, in der vier Personen an der bösartigen Seuche erkrankt sind, ist die Mutter bereits gestorben.

Löbejün. Bürgermeister Ouschwitz wurde zum Kreistagsabgeordneten gewählt.

Könnern. Nicht zu widerlegen? Der Gutsbesitzer R. St. aus Hohenedlau erhielt einen Strafbefehl in Höhe von 100 Mk. eventl. 10 Tagen Gefängnis, weil er die von ihm über die Menge der geernteten Kartoffeln verlangte Auskunft zu erteilen, sich geweigert habe. Die Verhandlung vor dem Schöffengericht ergab, laut Anzeiger, daß St. keinen Fragebogen erhalten hatte, obwohl die Gemeindedienerin in einem früheren Termin erklärt hatte, einen solchen der Tochter Elsa St. abgegeben zu haben. Diese will jedoch gleichfalls keinen derartigen Fragebogen bekommen haben. Da diese Angaben nicht zu widerlegen waren, erfolgte Freisprechung; die Kosten trägt die Staatskasse.

— In Trebnitz ertrank auf dem Schachtteich der Invalide Kohling. Der Kahn, in dem er sich befand, schlug um. Die Leiche ist noch nicht gefunden. Gleichzeitig kam die Nachricht, daß auch ein Verwandter im Schacht ertrank.

Aus der Provinz.

Schkeuditz. „Gefälligkeitsgeschäfte“ mit 1773 Stück Fellen hatte der Kürschnermeister Scholz hier gemacht entgegen den Beschlagnahmevorschriften. Er hatte deswegen 2000 Mark Strafe zudiktiert bekommen. Scholz rief das Schöffengericht an und erreichte Herabsetzung der Strafe auf 1500 Mark. Die Vergehen hatte Sch. zugegeben.

— Eine Fahrpreiserhöhung tritt am 1. Juli auf der Außenbahn ein. Für die Linie Leipzig—Schkeuditz gelten folgende Preise: 15 Pfennig Leipzig (Hauptbahnhof)—Möckern (Straßenbahnhof), Möckern (Straßenbahnhof)—Stahmeln, Stahmeln—Lützschena, Lützschena—Landesgrenze, Landesgrenze—Alt-Scherbitz, Alt-Scherbitz—Schkeuditz. 20 Pf. Leipzig (Hauptbahnhof)—Stahmeln, Möckern (Straßenbahnhof)—Lützschena, Stahmeln—Landesgrenze, Lützschena—Alt-Scherbitz, Landesgrenze—Schkeuditz. 25 Pf. Leipzig (Hauptbahnhof)—Lützschena, Möckern (Straßenbahnhof)—Landesgrenze, Stahmeln—Alt-Scherbitz, Lützschena-Schkeuditz. 30 Pf. Leipzig (Hauptbahnhof)—Landesgrenze, Möckern—(Straßenbahnhof) — Alt-Scherbitz, Stahmeln — Schkeuditz. 35 Pfennig. Leipzig (Hauptbahnhof)—Alt-Scherbitz, Möckern (Straßenbahnhof)—Schkeuditz. 40 Pf. Leipzig (Hauptbahnhof)—Schkeuditz. Wie wir hören, verlangt die interessierte Einwohnerschaft Maßnahmen der Stadtverwaltung gegen die Ungerechtigkeiten der neuen Preisfestsetzung.

— Ins Landgerichtsgefängnis. Die wegen Verdachts, an der Arndtschen Mordsache beteiligt zu sein, im hiesigen Amtsgericht in Haft befindliche Witwe Pauline Birner ist dem Landgerichtsgefängnis in Halle zugeführt worden.

Alsleben. Zum Bürgermeister wählten die städtischen Körperschaften mit 10 gegen 7 Stimmen den früher hier, zuletzt in Lüchow amtierenden Stadtsekretär Fiebig.

Bitterfeld. Kirschenverkauf. Um den Einwohnern Bitterfelds die Kirschen möglichst gleichmäßig zuzuführen, dürfen dieselben vom Montag, den 17. d. M., ab nur noch gegen Lebensmittelschein verkauft werden. Es entfällt vorläufig auf den Kopf der Bevölkerung ½ Pfund auf Abschnitt 6 des Lebensmittelscheines. Die Händler haben die gesammelten Abschnitte möglichst schnell unter genauer Angabe der Zahl dem Lebensmittelamt einzureichen, damit nach Einlösung der Nr. 6 umgehend ein neuer Abschnitt bekanntgegeben werden kann. Auf den nächsten Abschnitt entfällt voraussichtlich ein Pfund. Das Pfund kostet 70 Pf. An Bitterfelder Einwohner darf auch an den Obstbuden und Verkaufsständen an öffentlichen Straßen nur gegen Abgabe der betreffenden Nummern des Lebensmittelscheines verkauft werden. Die Kirschen sind bei sämtlichen Händlern und im Rathaushof erhältlich.

— Zwei Schreibmaschinen, 50 Zigarren, ein Treibriemen und andere Sachen im Werte von 2000 Mark wurden aus einer außerhalb der Stadt gelegenen Fabrik gestohlen. Der Geldschrank trotzte den Spitzbuben, aus Aerger haben sie ihn umgeworfen und den Holzsockel demoliert. Die Täter sind noch nicht ermittelt.

Gräfenhainichen. Auf Grube Barbara wurde die Arbeiterin Rudolph von hier von einem Kettenbock so unglücklich zur Seite geschleudert, daß ihr ein Stück Eisen in den Hals eindrang. Die Verunglückte wurde nach Halle in die Klinik überführt.

Delitzsch. Zwirn. Der für Schwer- und Schwerstarbeiter bestimmte Leinennähzwirn ist vom Montag, den 17. d. M., in den von uns bekanntgegebenen Verkaufsstellen gegen Abgabe der grünen Zwirnkarte in Empfang zu nehmen. Die Abholung muß spätestens bis 30. d. M. erfolgen. Die Entnahme hat in derjenigen Verkaufsstelle zu erfolgen, wo der Betreffende in die Kundenliste eingeschrieben steht. Auf eine grüne Zwirnkarte entfällt ein Wickel Leinennähzwirn zum Preise von 15 Pf., andere Zwirnkarten haben keine Gültigkeit.

Eilenburg. Widerrechtliche Entwendung von Brotkarten. In dem gegen den jugendlichen Angeklagten Kurt M. eingeleiteten Strafverfahren, welches diesem Unterschlagung von annähernd 20 Feldpostpaketen mit Eßwaren und die Entwendung von 10 bis 12 Schokoladentafeln in seinem früheren Arbeitsverhältnis zur Last legt, führte M. zu seiner Entschuldigung u. a. an, daß er die Lebensmittel, soweit er diese nicht sofort selbst verzehrt habe, mit einem ihm befreundeten, auf dem Rathaus mit Schreibarbeiten beschäftigten Kanzleigehilfen gegen Brotkarten ausgetauscht hat. Der Amtsanwalt griff diese Aeußerung zwecks Weiterverfolgung der Angelegenheit sofort auf. Derartige Vergehen sind, namentlich bei Jugendlichen, die doch unter den völlig unzulänglichen Ernährungsverhältnissen besonders schwer leiden, durchaus verständlich. Nicht zu verstehen aber war die Entrüstung, mit der der Bürgermeister sein Beamtenpersonal gegen früher von uns in anderem Zusammenhange geäußerte, durchaus begründete Verdachtsmomente in Schutz nahm.

— Schwefelsäure trank das 2½jährige Söhnchen des Arbeiters Topp, Weinbergstraße 26, und starb danach. Das Kind hatte eine Flasche mit dem gefährlichen Gift auf dem Boden des Hauses gefunden, wo sie von einer früheren Bewohnerin zurückgelassen worden war.

Verantwortlicher Schriftleiter: Otto Kilian. Verantwortlich für Anzeigen Hermann Schade. Verlag: Volksblatt G. m. b. H. — Druck Hallesche Genossenschaftsbuchdruckerei e. G. m. b. H., sämtlich in Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219180617-10/fragment/page=0005
DFG

Nur noch kurze Zeit!

Riesen-Erfolg! Allabendlich pünktlich 7¼ Uhr: Riesen-Erfolg!

„Der Hias“

951 Ein feldgraues Spiel in 3 Akten.

Im 1. Akt: Hias und das Kammerkätzchen. — Die Flucht des Hias aus der französischen Gefangenschaft. — Der Traum des verwundeten Leutnants.
Im 2. Akt: Der gescherte Allal. — Das urkräftige Frost-Brettl.
Im 3. Akt: Das Kriegs-Gericht. — Die glänzende Filmeinlage: „Sturm auf Schloss Mont Plaisir.“
— Zugunsten des Kriegsliebesdienstes. —

Mittwoch, den 19. Juni; nachmittags 3½ Uhr:
ungekürzte Nachmittags-Vorstellung
zu sehr ermässigten Preisen: 1.50, 1.00, 0.75, 0.40.

Der Reinertrag der am Mittwoch, den 19. Juni, stattfindenden Abend-Vorstellung ist für die **Ludendorff-Spende** bestimmt.
Der Vorverkauf findet lediglich an der Theaterkasse von 10–1½ und von 4–6 Uhr statt.

Walhalla-Theater.

Seidene
Damen-Jacken
und 967
Kinder-Mäntel
empfiehlt in grösster Auswahl
Julius Bacher,
Halle, Leipzigerstraße 102.

Guterhalten. Herrenfahrrad mit Freilauf und Bereifung zu kaufen gesucht. Offert. m. Preis an **E. Dippold**, Gr. Gosenstraße 12 part. 947

Gebrauchte Rennräder kauft **E. Dippold**, Gr. Gosenstraße 12, part. 948

Apollo-Theater.

Heute und morgen, die letzten zwei Aufführungen
von **„Der Dorf-Caruso“.**
Schwank-Operette in 3 Akten von T. Thoms.
Mittwoch, 19. Juni: Ludendorf-Vorstellung.
Die gesamte Billett-Einnahme dieses Tages fällt ohne jeden Abzug der **Ludendorf-Spende** zu.
Erstaufführung des in Wien, Hamburg, Dresden, Leipzig, Bremen mit ungeheurem Erfolg gegebenen Prachtstückes
„Gold gab ich für Eisen“.
Singspiel in einem Vorspiel u. 3 Akten von Viktor Léon.
Musik von Emmerich Kalman.
Billett-Vorausbestellung täglich 9-1 und 5-½7 im Theater-Bureau!

Bio

Gr. Ulrichstr. 57.

7 Akte **Das amerikanische Duell** 7 Akte.
ist die Sensation des Tages. 942

Stadt-Theater Halle
Dienstag, den 18. Juni 1918,
(Erstaufführung):
Mutter.
Schauspiel in 3 Aufzügen von Paul Fröhden. 944

Woher kommt das Geld zum Kriege?
Von Julian Borchardt.
Preis 60 Pf. (Porto 5 Pf)
Zu beziehen durch die
Volksbuchhandlung
Halle, Harz 42-44.

Wieder neu eingetroffen:
Die Vögel der Erde.
Mit 289 farbigen Abbildungen auf 30 Tafeln.
Preis 5 Mk., Porto 30 Pfg.
Die Säugetiere der Erde.
Mit 169 Abbildungen auf 30 Tafeln.
Preis 5 Mk., Porto 30 Pfg.
Fische, Reptilien und Lurche.
Mit 226 Abbildungen auf 30 Tafeln.
Preis 5 Mk., Porto 30 Pfg.
Die Käfer Europas.
Mit 465 Abbildungen auf 20 Tafeln.
Preis 5 Mk., Porto 30 Pfg.
Zu beziehen durch die
Volks-Buchhandlung, Halle.

Pfälzer Schießgraben.
Täglich: Großes Frei-Konzert
der gesamten Görlach'schen Kapelle.
Anfang abends 7½ Uhr. 876
Neues Operetten-Programm.
Ergebenst ladet ein Karl Henkelmann.

Konzerthaus „Oberpollinger“.
Ecke Gr. Ulrichstr. Jägergasse 1. Ecke Gr. Ulrichstr.
Täglich: **Konzert** des beliebten Damen-Streich-Orchest. Carmen.
6 junge Damen. Xylophon-Einlagen. 6 junge Damen.
Neue Dekoration! Neue Dekoration!
Ergebenst ladet ein 769 Frau Elsa Both.

Alte Promenade 11a Fernruf 5738. **U.T.** **Leipzigerstraße 88** Fernruf 1224.
952

Das Kainszeichen
Ergreifendes Drama in 5 Akt.
In der Hauptrolle: Eva Speier.
Vorführ.: 4.50 6.40 9.20.

Der Rubinsalamander
Nach einem Roman von Paul Lindau.
Hauptrolle: Bruno Decarli.
Vorführ.: 5.10 7.10 9.30.

Das wandernde Glück
Filmschwank mit **Lene Voss.**
Vorführ.: 4.00 6.10 8.30.

„Stöpsel“
Entzückendes Lustspiel in 2 Akten.
Vorführ.: 4.10 6.20 8.30.

Eine Hamsterreise mit Hindernissen
Reizendes Lustspiel in 2 Akt.

„Merseburg“
Interessante Naturaufnahme.

Bilder aus der großen Schlacht im Westen. II. Teil
Militäramtlicher Film.

In beiden Theatern: **Die neuesten Kriegsberichte.**

Beginn 4 Uhr

Arbeitsmarkt

Arbeiter u. Frauen
zum Brikettfahren *500
sucht für sofort
Friedr. Jesau.

Frauen
zur Feldarbeit gesucht.
Reilstrasse 103. *501

Erfahrene
Eisendreher, Eisenhobler und Maschin-Schlosser
für dringenden Heeresbedarf stellen ein 770
Lange & Gellen,
Maschinenfabrik, Rauhwerkst. 43.

Arbeiter und Frauen
stellt ein *499
Trotha-Sennewitzer Aktien-Ziegelei-Gesellschaft.

Tüchtige Dreher u. Schlosser
für dauernde Beschäftigung **gesucht.**
Haake & Co., G. m. b. H.,
Maschinenfabrik, Magdeburg. 943

Amtliche Bekanntmachungen.

Auf Grund der Bundesratsverordnung vom 25. September und 4. November 1915 wird der Verkauf der der Stadt überwiesenen **Marmelade** wie folgt geregelt:

Der Verkauf beginnt am Dienstag, den 18. Juni 1918. Für jede Person eines Haushaltes kann ½ Pfund abgegeben werden. Der Verkaufspreis beträgt 92 Pfg. für das Pfund.

Die Käufer sind verpflichtet, bei denjenigen Verkäufern die Marmelade einzukaufen, bei welchen sie für den Bezug von Kolonialwaren in die Kundenlisten eingetragen sind.

Die Abgabe hat unter Abtrennung der Marke 187 des Warenbezugscheines XVI zu erfolgen.

Die Verkäufer sind verpflichtet, die Marken abzutrennen und zu Hunderten gebündelt, im Stadt-Ernährungsamt, Marktplatz 22, 1. Obergeschoß (Saal links) binnen 8 Tagen unter Angabe ihres Restbestandes einzureichen.

Zuwiderhandlungen unterliegen der Bestrafung nach § 17 der Verordnung vom 25. September und 4. November 1915.

Halle, den 17. Juni 1918. **Der Magistrat.**

Städtischer Eierverkauf in der Talamtschule am Dienstag, den 18. Juni 1918.

Zum Kaufe berechtigt sind die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 27001—32000 vormittags von 8 bis 12 Uhr und die Inhaber der Nummern 32001—37000 nachmittags von 2 bis 6 Uhr. Für den Kopf eines Haushaltes wird ein Ei zum Preise von 33 Pfg. abgegeben.

Der Lebensmittelschein ist vorzulegen. Zur Beschleunigung der Abfertigung wolle man abgezähltes Geld (vor allem Kupfergeld) bereithalten. Umtausch nur innerhalb drei Tagen!

Halle, den 17. Juni 1918. **Der Magistrat.**

Städtischer Backpulver-Verkauf

in der Talamtschule am Dienstag den 18. Juni 1918. Zum Kaufe berechtigt sind die Inhaber der Nummern der Lebensmittelscheine 27001—32000 vormittags von 8—12 Uhr und die Inhaber der Nummern 32001—37000 nachmittags von 2—6 Uhr. Für jede Person eines Haushaltes wird ein Paket zum Preise von 10 Pfg. abgegeben. Zur Beschleunigung der Abfertigung wolle man abgezähltes Geld bereit halten.

Halle, den 17. Juni 1918. **Der Magistrat.**

Verkauf von Quark.

Am Dienstag, den 18. Juni dss. Js., erfolgt der Verkauf von Quark auf den Abschnitt 7 des Einkaufsscheines über Molkereierzeugnisse an die Inhaber der neuen Lebensmittelscheine mit den Nummern 53001—56000 an folgenden Stellen: Milchhändlerin Jäckisch, Gr. Brunnenstr. 16 und Molkereibesitzer John, Gr. Gosenstr. 17. Für jedes Kind vom vollendeten 6.—12. Lebensjahre wird ½ Pfund Quark auf den obenbezeichneten Abschnitt zum Preise von 37 Pf. abgegeben. Der neue Lebensmittelschein ist vorzulegen. Abgezähltes Geld ist bereit zu halten. Gefäße sind unbedingt mitzubringen.

Zum Einkauf werden auch die Haushaltungen mit den vorstehend angegebenen Nummern der Lebensmittelscheine zugelassen, welche auf den Abschnitt 6 des Einkaufscheines über Molkereierzeugnisse weder Quark noch Magermilch erhalten haben.

Halle, den 17. Juni 1918. **Der Magistrat.**

Verkauf von Magermilch.

Am Dienstag, den 18. Juni 1918, von nachmittags 4 Uhr ab, wird für Kinder vom 6. bis 12. Lebensjahre der Verkauf von Magermilch fortgesetzt. Der Verkauf erfolgt an folgenden Stellen: Milchhändler Hinsche, Gr. Gosenstraße 21; Milchhändlerin Meinhardt, Gr. Brunnenstr. 36. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der neuen Lebensmittelscheine Nr. 49001—53000.

Für jedes Kind vom vollendeten 6. bis 12. Lebensjahre wird ½ Liter Magermilch auf den Abschnitt 7 des Einkaufsscheines über Molkereierzeugnisse zum Preise von 12 Pfennigen abgegeben.

Zum Einkauf werden auch die Haushaltungen mit den vorstehend angegebenen Nummern der Lebensmittelscheine zugelassen, welche auf den Abschnitt 6 des Einkaufsscheines über Molkereierzeugnisse weder Quark noch Magermilch erhalten haben.

Der neue Lebensmittelschein ist vorzulegen. Abgezähltes Geld ist bereitzuhalten.

Halle, den 17. Juni 1918. **Der Magistrat.**

---

*502
Bad Wittekind
Dienstag, 18. Juni 1918,
nachmittags 3½ Uhr:
Kur-Konzert
ausgeführt von der
Musikabteilung d. Ers.-Batl. d. Landw.-Inf.-Regts. Nr. 36.
Leitung:
Kgl. Obermusikmstr. Ermlich.
Eintrittspreise:
Erwachsene 35 J. Kinder 20 J.
Dauerkarten haben Gültigkeit.

Mittwoch, 19. Juni 1918,
abends 8 Uhr:
Militär-Konzert
vom
aktiven Trompeterkorps des Thür. Husa.-Regim. Nr. 12.

Parteischriften empfiehlt die **Volksbuchhandl.**

Sendet 806
abwaschbare Spielkarten
ins Feld und Lazarett.
1 Spiel, mit Goldecken 1.40 Mark.
12 Spiele, mit Goldecken 15.50 Mark.
Dauerwäsche-Vertrieb
Kl. Berlin 2, 1 Tr. rechts,
Ecke Sternstrasse.

Chaiselongue, Plüsch- u. Stoffsofa, Kleiderschrank, Kommode, Waschtisch, Spiegel u. Schränkchen, Stühle, gute Federbetten, billige Ehtische verk. **E. Dippold**, Gr. Gosenstr. 12, part., Eingang Advokatenweg. 948

Schnell-Schönschreiben
von jedermann i. wenigen Stunden
ohne Lehrer zu erlernen.
Preis 1 Mk.
Volksbuchhandlung Halle
Harz 42/44.

Diejenigen Inhaber von Kleinhandelsgeschäften, welche Kundenlisten eingereicht haben, werden hierdurch aufgefordert, die Teigwaren (**Nudeln**) bei dem Fabrikanten Keil, Bernhardystr. 20, abzuholen.

Die Abgabe erfolgt an die Kleinhändler mit den Buchstaben: A—F am Dienstag, den 18. Juni, G—K am Mittwoch, den 19. Juni, L—R am Donnerstag, den 20. Juni, S—Z am Freitag, den 21. Juni 1918.

Die Kleinhändler sind verpflichtet, bei der Angabe den Bestand an Waren und die Anzahl der von ihnen mit Teigwaren zu versorgenden Personen anzugeben.

Halle, den 17. Juni 1918. **Der Magistrat.**

In Ergänzung unserer Bekanntmachung vom 15. Juni 1918 wird darauf hingewiesen, daß nicht ¼ Pfund, sondern 200 Gramm **Sirup** zum Verkauf kommen.

Halle, 17. Juni 1918. **Der Magistrat.**

Der Magistrat hat mit einer Reihe von Obsthandlungen vereinbart, daß diese die bei ihnen zum Verkauf gelangenden Kirschen nur auf Warenbezugscheinmarken abgeben werden. Alle Bekanntmachungen über diese Verkäufe werden nur an den Anschlagsäulen bekanntgegeben, also nicht durch die Zeitungen.

Halle, 17. Juni 1918. **Der Magistrat.**

Die an die **Inhaber von Vollmilchkarten Klasse 4** abzugebende Milchmenge wird weiterhin bis zum 30. Juni auf ein halbes Liter täglich festgesetzt.

Halle, den 17. Juni 1918. **Der Magistrat.**

Diejenigen Inhaber von Kleinhandelsgeschäften, welche Kundenlisten eingereicht haben, werden aufgefordert, Dienstag den 18., Mittwoch den 19. und Donnerstag den 20. Juni 1918 bei den von ihnen gewählten Großhändlern den in dieser Woche zum Verkauf gelangenden **Reis** abzuholen.

Bekanntmachung über Regelung des Verkaufs erfolgt später.

Halle, den 17. Juni 1918. **Der Magistrat.**

Familien-Nachrichten.

Als Opfer des grausamen Völkerringens starb am 8. Juni mein heissgeliebter, treuer Mann

Bruno Koch,

Sergeant bei einer leichten Munitionskolonne, Inhaber des eisernen Kreuzes II. Klasse, im blühenden Alter von 36 Jahren.

In unsagbarem Schmerz:
Minna Koch geb. Gerlach.
Halle, Torstr. 19, den 17. Juni 1918.
950 Geliebt und unvergessen!

Plötzlich und unerwartet starb am Freitag, früh 3 Uhr, meine liebe Schwester, Schwägerin und Tante

Frau Martha Roche geb. Wilken

nach einer schweren Operation in der Klinik im Alter von 31 Jahren.

Dies zeigt mit der Bitte um stilles Beileid an
Paul Schäfer als Bruder nebst Familie.
Die Beerdigung findet Dienstag, nachmittags 3 Uhr, auf dem Südfriedhofe statt. 945

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219180617-10/fragment/page=0006